

GENERATIONEN- gerechtigkeit!

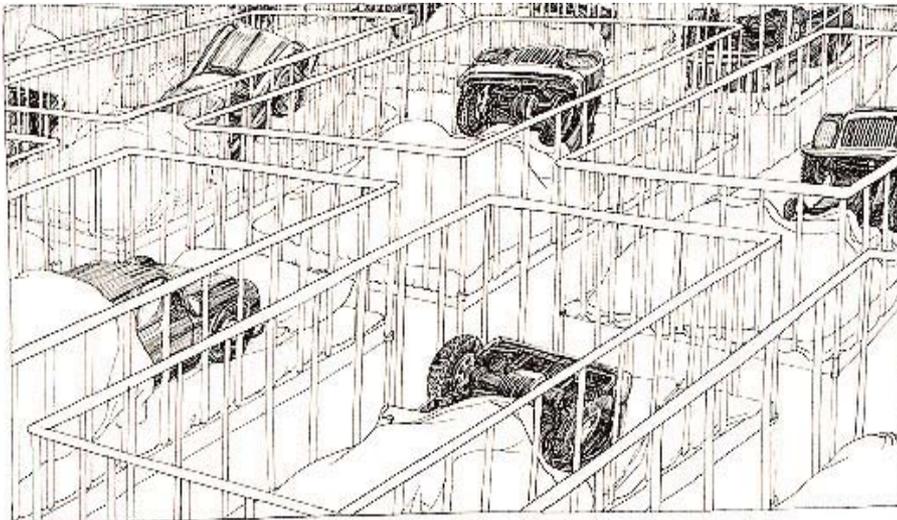
Zukunft der Familie und sozialer Zusammenhalt

von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt

Familie als solidarisches Netzwerk ist nach wie vor die meistgewünschte Form des Zusammenlebens in unserem Land. Diejenigen, die die Erziehung von Kindern leisten und damit den Generationenvertrag sichern, brauchen mehr Unterstützung.

Wenn wir uns die Familie als Institution in unserem Land anschauen, dann können wir feststellen: die Familie ist *stabil*, zum Erstaunen mancher konservativer

Für die große Mehrheit der Bevölkerung ist die Familie der Lebensmittelpunkt. Genügend Zeit zu haben sowohl für Kinder und Familie als auch für Beruf und Selbstverwirklichung, das ist der zentrale Lebenswunsch der allermeisten Menschen. Die Wertschätzung der Familie ist in besonders hohem Maße - das zeigen alle Jugendstudien - bei den Jugendlichen gewachsen: sowohl auf ihre



Kulturpessimisten oder auch linker Skeptiker. Die Familie ist *beliebt* bei der ganz großen Mehrheit der Bevölkerung, in allen Altersgruppen. Die Familie ist in den Medien und in der gesellschaftlichen Kommunikation *präsent* wie lange nicht.

Herkunftsfamilien bezogen, als auch auf ihre eigenen Lebenspläne. Kurzum: Familie ist die soziale Mitte unserer Gesellschaft. Stärken wir sie, können wir die gesellschaftlichen Veränderungen besser

(weiter auf Seite 3)

Kampagne für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit gewinnt an Fahrt

vom Vorstand der SRzG

Die Kampagne für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit hat das Potential, Deutschland tiefgreifender zu verändern als jede frühere SRzG-Aktivität. Zusammen mit YOIS versucht die SRzG, einen gesellschaftlichen Konsens und eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament für eine Verankerung der Rechte zukünftiger Generationen zu erreichen. Nachdem in den letzten Jahren bereits 2000 Unterschriften von Privatpersonen gesammelt

wurden, sind wir derzeit dabei, die Idee in der Zivilgesellschaft publik zu machen. Bis Dezember sollen 100 unterstützende Organisationen für dieses Anliegen gewonnen werden.

Die Bundestagsabgeordneten Anna Lührmann (Grüne), Daniel Bahr (FDP), Marco Bülow (SPD), Hans-Günther Bruckmann (SPD), Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD), Jens Spahn (CDU), Dr. Ole Schroeder (CDU) und Holger

(weiter auf Seite 21)

In dieser Ausgabe

Thema: Familienpolitik und Generationengerechtigkeit

Zukunft der Familie und sozialer Zusammenhalt von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt	1
Kampagne für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit gewinnt an Fahrt vom Vorstand der SRzG	1
Editorial, Impressum	2
Ganztagsschuldiskussion und Familienbild von Prof. Dr. Norbert Wenning	4
Der "Wiesbadener Entwurf" einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats von Dr. Jürgen Borchert	7
Anerkennung von Familienarbeit als Beitrag zur Generationengerechtigkeit von Sandra Moritz M.A.	10
Über den Gebrauchswert von Kindern von Mike Weimann (K.R.Ä.T.Z.Ä.)	12
Die politische Feder Plädoyer für eine moderne Familienpolitik in Deutschland von Matthias Berninger	13
Ist die derzeitige Familienpolitik ein Unrecht an kommenden Generationen? Standpunkte von Dr. Ursula von der Leyen, Dr. Christoph Böhr und Dipl.-Politologe, Dipl.-Kfm. Jörg Tremmel	15
Gerechtigkeit zwischen den Generationen von Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach	16
Bücher	19
Interna SRzG	21
Berichte ASEM Youth Dialogue and Deklaration	24
Vorstellung: ASEF - ASIA EUROPE FOUNDATION	26
Diskutieren und Radeln: Die Rally of Youth 2003	26
European Youth Conference in Brüssel, Belgien	27
14. Wirtschaftssymposium, Schloss Reichartshausen - Ethiconomics Corporate responsibility	27

Editorial



Generationengerechtigkeit und Familienpolitik sind zwei aktuelle, heiß diskutierte Themen. Zusammengedacht werden sie nur selten. Nach der SRzG-De-

finition ist eine Gesellschaft generationengerecht, wenn nachrückende Individuen mindestens die gleichen Chancen auf Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben wie ihre Vorgänger. Dabei sind die heutigen Kinder und Jugendlichen die erste nachrückende Generation, während die heutigen Eltern zu den Generationen gehören, die zur Zeit die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Machtpositionen innehaben. Das Konzept der "Familienpolitik" scheint nun sonderbar quer dazu zu stehen. Abgeleitet aus dieser Definition ist nicht jede Stärkung der Familie automatisch generationengerecht, sondern eben nur dann, wenn die Zahlungen auch wirklich direkt oder indirekt die Lebenssituation der Kinder (und nicht die der Erziehenden) verbessern. Die Frage der Gerechtigkeit zwischen Eltern und Kinderlosen ist dagegen ein Teilaspekt der intragenerationellen Gerechtigkeit.

Aus diesen Überlegungen folgt schon, wie eine *generationengerechte* Familienpolitik konzipiert sein müsste - eben als "Kinderpolitik". Zahlungen wie das Kindergeld sollten angehoben werden, noch wichtiger ist aber, dass sie direkt an die nachrückende Generation ausgezahlt werden. Statt Eltern höhere Renten zukommen zu lassen, sollte man eher darüber nachdenken, sie dann besser zu stellen, wenn die Kinder noch klein sind, da dann die Bedürftigkeit der Familien am größten ist.

Zwischen den beiden Polen - direkte Stärkung der Kinder oder Stärkung der Familien, d. h. der Erziehenden - lavierte der letzte UN-Weltkindergipfel 2002. Politik für Kinder (z.B. für ausreichende Nahrung, Gesundheit und Bildung) wurde schließlich großgeschrieben, Politik mit Kindern oder gar von Kindern (Beteiligungrechte) blieb umstritten. Auch in Deutschland dürften sich viele zunächst für die Stärkung der Eltern aussprechen - mit durchaus guten Argumenten. Familien sind nicht ohne Eltern

denkbar. Transferleistungen für Familien werden i.d.R. für die Kinder ausgegeben. Das Kindergeld können zumindest kleine Kinder gar nicht selbst verwalten. Wenn es den Eltern gut geht, so diese Position, dann geht es auch den Kindern gut.

Die beiden Chefredakteure sahen es als ihre wichtigste Aufgabe an, dass die Leserin sich ihr eigenes Urteil bilden kann.¹ Nun zum Inhalt: Bundesfamilienministerin Renate Schmidt stellt die familienpolitischen Schwerpunkte der Regierung vor. Prof. Dr. Norbert Wennings Beitrag über Ganztagschulen im internationalen Vergleich liest sich fast wie eine Antwort darauf. Sandra Moritz fordert Ankererkennung von Familienarbeit. Die Kinderrechtsorganisation KRÄTZÄ spricht sich dafür aus, Kinder als Subjekte zu behandeln und die politische Feder hat diesmal Matthias Berninger gespitzt, der sich für eine steuerfinanzierte Kinderversicherung ausspricht.

Zu der immer provokant formulierten These der GG! "Ist die derzeitige Familienpolitik ein Unrecht an kommenden Generationen?" nehmen Stellung: Dr. Ursula van der Leyen, Dr. Christoph Böhr und Jörg Tremmel.

Im Rahmen von grundsätzlichen Beiträgen zur Debatte über Generationengerechtigkeit widerspricht der Sozialethiker Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach u. a. der Vorstellung, dass Staatsverschuldung ein Problem für kommende Generationen sei. Auch wenn dieser Beitrag in vielen Punkten den SRzG-Positionspapieren widerspricht, halten wir es für selbstverständlich, diese Gegenmeinung zu veröffentlichen.

Außerdem finden Sie in dieser Ausgabe Berichte von interessanten Events wie dem ASEM Youth Dialogue auf den Philippinen, der European Youth Conference 2003 in Brüssel, der YOIS-Rally 2003 und dem Wirtschaftssymposium der EBS.

Ihre Sandra Moritz und Ihr Jörg Tremmel

¹ Um das Problem geschlechtsspezifischer Sprache zu umgehen, benutzen wir mal die männliche, mal die weibliche Form.

² Wegen der Komplexität des Themas hat sich die SRzG entschlossen, dem Zusammenhang zwischen Generationengerechtigkeit und einer das Geburtenverhalten beeinflussenden Politik eine Doppelausgabe zu widmen. Die vor ihnen liegende Ausgabe legt den Schwerpunkt auf Familienpolitik und ist regional vor allem auf deutsche Probleme bezogen, während die nächste Ausgabe stärker auf die Bevölkerungspolitik abstellt und die gegenläufigen Geburtenrends weltweit in Zusammenhang mit Generationengerechtigkeit bringt.

Sie sprechen mit Ihrer
Anzeige 8000 Meinungsbilder
in Deutschland an!
Besser können Sie nicht für
sich werben!

Nebenbei fördern Sie unsere
gemeinnützigen Ziele.

Fordern Sie unsere
Mediadaten an:

Tel. 06171-982367

Fax 06171-952566

E-mail: info@srzg.de

Impressum

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG),

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Chefredaktion: Jörg Tremmel, Sandra Moritz

Redaktion: Katja Heller, Tobias Kemnitzer, Adrian Schell, Oliver Lange, Laura Memmert, Florian Bötcher, Lucia Hartmann, Tomohiko Takizawa

Layout: Kerstin Hose

Konzept und Umsetzung: Jörg Tremmel

Druck: Ind.-Druck & Verlag Reisner Berthold GmbH, An den drei Hasen, 61422 Oberursel

Verlag: Eigenverlag, Oberursel,

Adresse siehe Redaktionsanschrift

Redaktionsanschrift: SRzG, Postfach 5115,

61422 Oberursel, Tel. 06171-982367,

Fax 06171-952566,

E-mail: info@srzg.de, www.srzg.de

Die GG! wird ausschließlich ehrenamtlich erstellt und erscheint i.d.R. vierteljährlich. Sie möchte das Bewusstsein unserer Verantwortung für kommende Generationen fördern und gleichzeitig themenbezogen über aktuelle Entwicklungen rund um Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit informieren. Außerdem berichtet sie über die Arbeit der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) und über generationengerechte Projekte anderer Organisationen, v.a. Jugendorganisationen. Pro Jahr gibt es drei deutschsprachige und eine englischsprachige Ausgabe.

Das Jahresabo kostet 25 Euro und ist im voraus für ein Jahr zu bezahlen. Die Kündigungsfrist beträgt drei Monate zum Jahresende. Wir wären Ihnen dankbar für eine Einzugsermächtigung (siehe letzte Seite). Dies erspart Ihnen den Gang zur Bank und uns teure Mahnbriefe.

Die veröffentlichten Beiträge geben nicht unbedingt die Ansicht der Mitglieder der Organe der SRzG wieder. Bei korrekter Zitierweise und Übersendung eines Belegexemplars ist der Abdruck von Artikeln erlaubt. Alle anderen Rechte vorbehalten. Keine Gewähr für Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität.

(Zukunft... Fortsetzung von Seite 1)

bewältigen. Über die Definition von Familie gab es in den letzten Jahren teils heftige, häufig ideologisch aufgeladene Debatten. Familie ist für mich da, wo mehrere Generationen - Eltern, Großeltern und Kinder - füreinander sorgen, füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei wissen wir: Die unterschiedlichen Generationen einer Familie leben heute anders zusammen als früher. Sie wohnen heute häufig räumlich getrennt also nicht mehr unter einem Dach. Gleichwohl verbindet die Generationen das dichteste und verlässlichste Netzwerk unserer Gesellschaft. Die emotionalen Beziehungen zwischen den Generationen sind mehrheitlich von einem Vertrauen geprägt, das sich in gegenseitiger Hilfe ausdrückt. Diese praktisch gelebte Solidarität zwischen Alt und Jung in der Familie und in der Gesellschaft ist der Kern eines umfassenden Generationenvertrages. Und dieser Kern ist intakt in unserer Gesellschaft.

Über die Zukunft des Sozialstaats wird zur Zeit intensiv diskutiert. Wir befinden uns am Beginn eines tiefgreifenden demographischen Umbruchs. Der Bevölkerungsaufbau in Deutschland wird sich in den nächsten Jahren gravierend verändern. Zwei Gründe sind für diese Entwicklung maßgeblich: Zum einen die gestiegene Lebenserwartung, zum anderen die vergleichsweise geringe Zahl der Geburten. Um die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme zu bewältigen, müssen wir uns wieder stärker auf die Grundlage unseres Sozialversicherungssystems besinnen: den Generationenvertrag. Nach Berechnungen des 5. Familienberichts erfolgen in den privaten Haushalten mehr als 40 Prozent der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung. Hinzu kommen beträchtliche private Transferleistungen von den älteren zu den jüngeren Generationen. Noch nie gab es so viele ältere Menschen mit so vielen Ressourcen an Geld, Zeit, Bildung, Gesundheit. Wir müssen diese Gruppe als soziale "Produzenten" einbeziehen, weil sie unsere Gesellschaft bereichern. Dafür brauchen wir eine Politik des "aktiven Alterns". Aber klar ist auch, dass die nachwachsende Generation die Folgen einer älter werdenden Gesellschaft nicht mehr in gleichem Umfang tragen können, wie dies heute geschieht. Deshalb kann man den Generationenvertrag nur stabilisieren, wenn diejenigen gezielt unterstützt werden, die ihn durch Aufziehen von Kindern am Leben erhalten. Familienpolitik

muss dem gerecht werden und sich für möglichst alle als Chancenspolitik definieren.

Eltern wollen beides: Kinder und Karriere

Eine zukunftsorientierte Familienpolitik orientiert sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen und respektiert ihre Lebensformen und -stile. Gute Politik schreibt den Familien nicht vor, wie sie ihr Leben zu gestalten haben, sondern sorgt für den Rahmen und die Voraussetzungen, dass sie es in der von ihnen gewählten Form und ihrer Verantwortung gerecht werden können. Und da gibt es in Deutschland noch genug zu tun. Harald Schmidt, Deutschlands Groß-Satiriker, hat es auf den Punkt gebracht: "75 Prozent der Deutschen lieben Kinder, der Rest hat welche". Wenn wir Wunsch und Wirklichkeit stärker in Übereinstimmung bringen wollen, brauchen wir den Mut und den Willen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft insgesamt! Ob Erwachsene den Mut fassen, Kinder zu bekommen, hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie glauben, dass die Gründung einer Familie weder ihre Berufsausübung erheblich behindert noch das Recht ihrer Kinder auf Zuwendung beschneidet. Eltern möchten heute - und das ist die Folge eines positiven Wertewandels - erwerbstätig sein, Kinder haben und für *beides* die nötige Zeit haben. Diese Lebenspläne finden aber in der gesellschaftlichen Realität noch zu wenig Entsprechung. Was ist zu tun? Wir brauchen eine neue Balance von Familienleben und Arbeitswelt. Wir wissen, dass es überall dort, wo es genügend (Tages-) Betreuung gibt, die Geburtenrate deutlich höher ist als bei uns. Während die Betreuungsquote für Kinder im Alter unter drei Jahren in Dänemark etwa bei knapp 50 Prozent liegt oder in Schweden bei einem Drittel liegt, beträgt sie in Westdeutschland nur knapp vier Prozent. 89% der Mütter mit Kleinkindern in Deutschland geben an, dass nicht ausreichende Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ihre Nichterwerbstätigkeit begründen. Bei Müttern mit Kindergartenkindern beträgt der Anteil 75%. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung in dieser Legislatur ist daher eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen: in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig. Wir werden Länder und Kommunen beim Ausbau der Ganztagsbetreuung unterstützen - mit einem 4-Milliarden-Investitionsprogramm im

schulischen Bereich und mit 1,5 Milliarden Euro jährlich im elementaren Bereich. Gerade Kindern aus benachteiligten Familien wird so eine bessere Chance auf gute und gleiche Bildungsmöglichkeiten eröffnet, denn ihre soziale Herkunft darf nicht über ihre soziale Zukunft entscheiden. Auch das ist eine Lehre aus der PISA-Studie.

Der Ausbau der Kinderbetreuung ist übrigens ein hervorragendes Beispiel, wie sich ökonomische Rationalität und sozialpolitische Notwendigkeit sinnvoll

Zur Generationengerechtigkeit gehört es auch, eine familienfreundliche Gesellschaft zu schaffen.

Menschen sollten deshalb darin unterstützt werden, sich in beiden Lebensbereichen, nämlich Familie und Beruf zugleich zu verwirklichen.

Renate Schmidt, Bundesministerin

ergänzen können. Das belegen jüngste Studien, zum Beispiel des DIW. Zusätzliche Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge ergeben sich dann, wenn erwerbswilligen Müttern auf diesem Weg ermöglicht wird, wieder in ihren Beruf zurückzukehren. Betrachtet man die Nutzeneffekte des Betreuungsaubaus insgesamt, so sind sie bis zu drei- oder viermal so hoch wie die Kosten, die bei einem Ausbau der Einrichtungen zunächst entstehen.

Kinderbetreuung in Unternehmen

Was wir brauchen, sind aber nicht nur mehr und bessere Tagesbetreuungseinrichtungen, sondern auch Unternehmen, die Eltern bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen, kurz: eine familienfreundlichere Arbeitswelt. Frauen und Männer dürfen nicht vor die Wahl zwischen beruflichem Erfolg oder Gründung einer Familie gestellt werden. Eine neue Balance von Familienleben und Arbeitswelt braucht eine neu gewichtete Arbeitsmarkt-, Tarif- und Unternehmenspolitik. Telearbeit und flexible Arbeitszeiten und innovative Betreuungsmöglichkeiten werden heute schon mit guten Ergebnissen in manchen Unternehmen eingesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zufriedener und motivierter, wenn sie ihre Kinder in guter und verlässlicher Betreuung wissen und über ihre wichtigste Ressource, die Zeit, so weit wie möglich selbst verfügen können.

(weiter auf Seite 4)

(Zukunft... Fortsetzung von Seite 3)

nen. Wir wissen, dass Unternehmen mit der Rücksicht auf Familienbelange gute Erfahrungen machen. Sie stellen fest, dass sich Familienorientierung bezahlt macht. Eine familienfreundliche Unternehmenskultur stärkt die Motivation und führt zu besseren Arbeitsergebnissen. Was unsere Gesellschaft *nicht* braucht, sind Standardlösungen, die alles und alle über einen Kamm scheren. Im Rahmen einer "Allianz für Familie" arbeite ich mit den Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft an konkreten Verbesserungen. Erforderlich sind unterschiedliche *Module* öffentlicher und privater Betreuung, verbesserte Kombinationsmöglichkeiten für Eltern sowie ein ergänzendes Set von weiteren Maßnahmen zu Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Förderung familiennaher Dienstleistungen und einer familienfreundlichen Unternehmenskultur. Dabei geht es nicht ohne die Familien selbst. Für mich ist die Verantwortung in den Familien selbst die Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilhabe im Sozialstaat. Der Staat kann eine gute Infrastruktur schaffen und die Familien in ihren Stärken fördern; die Verantwortung für ihre Kinder wird den Eltern damit nicht genommen. Eltern sind

die wichtigsten Vorbilder für ihre Kinder. Erziehung und frühkindliche Förderung finden in erster Linie in den Familien statt. Die Qualität des Familienlebens entscheidet in hohem Maße über den Erfolg der Kinder im späteren Leben. Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Erziehung, auf klare Regeln und Vorbilder, die in allen Lebensbereichen ihre Gültigkeit haben müssen. Über die Generationenverantwortung hinaus brauchen wir für eine nachhaltige Entwicklung einen Grundkonsens über Werte und gesellschaftliche Leitbilder. Angesichts des schnellen Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft kann der soziale Zusammenhalt nur gewahrt bleiben, wenn jeder an seinem Platz dazu beiträgt, dass niemand ausgegrenzt und auch denjenigen geholfen wird, denen es schwer fällt, sich auf Veränderungen einzustellen. Um solche Werte und Haltungen von einer Generation zur nächsten weiterzugeben, brauchen Kinder und Jugendliche glaubwürdige Leitbilder. Vor allem in einer intakten Familie werden diese Haltungen gelebt und die tragenden Werte vermittelt. Die Stärkung der Familien ist deshalb ein herausragendes Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Wir brauchen eine neue Balance zwischen der Freiheit zur individuellen Le-

bensgestaltung und der sozialen Verantwortung. In den Familien, in den Schulen, am Arbeitsplatz muss bei Kindern und Jugendlichen die Entwicklung der sozialen Kompetenz, die Fähigkeit zum Miteinander stärker in den Vordergrund gestellt werden. Mindestens ebenso wichtig sind die Leitbilder, die durch Medien vermittelt werden und das gesellschaftliche Bewusstsein prägen. Ich bin überzeugt: Eine an den Interessen der Menschen orientierte Gesellschaftspolitik muss die Familien in ihren Mittelpunkt stellen. Wenn wir Familien fördern, stärken wir die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Dann werden wir auch den demographischen Wandel besser verkraften. Eine neuartige und einflussreiche *Allianz für die Familie* ist möglich. Und diese brauchen wir, wenn wir eine Gesellschaft werden wollen, in der Kinder sich willkommen fühlen können. Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts muss ein Jahrzehnt der Kinder und Familien werden.

Renate Schmidt ist Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Ganztagschuldiskussion und Familienbild

von Prof. Dr. Norbert Wenning, FernUniversität Hagen

Die Ganztagschule könnte auch in Deutschland dazu beitragen, ein anderes Familienbild gesellschaftlich durchzusetzen. Im Vergleich mit anderen Staaten spielt das familienpolitische Potential dieser Schulform aber keine Rolle.

Ob sich eine progressive Familienpolitik als gesellschaftliches Leitbild durchsetzt, zeigen weniger die Programme der großen politischen Parteien als etwa eine Analyse realer politischer Entscheidungen - Wahlkampfversprechen werden nur alle vier oder fünf Jahre gemacht, mit den Folgen politischer Maßnahmen leben wir Tag für Tag.

Anhand der bildungspolitischen Diskussion über die Einrichtung von Ganztagschulen wird nachfolgend aufgezeigt, wie trotz eines Modells von Schule, das (potentiell) der Realität familiärer Bedingungen stärker angepasst ist, de facto ein konservatives Familienbild erhalten bleibt. Dahinter steht die These, dass eine fortschrittliche Familienpolitik, vor allem zur Frage der Vereinbarkeit

von Familie und Beruf, im Bildungssektor (noch?) nicht durchgesetzt ist. Zunächst wird das familienpolitische Potential der Ganztagschule am Beispiel der Geschichte der Auseinandersetzung um die Verteilung von Unterricht auf den Tag gezeigt. Dies ordnet die gegenwärtige Diskussion ein. Der Blick auf andere Staaten zeigt, wie sich gewandelte familienpolitische Vorstellungen dort in Schulstrukturen niederschlagen bzw. daraus resultieren.

1 Alte Ganztagschule und moderne Halbtagschule

Mit den wenig schmeichelhaften Ergebnissen der internationalen Schulleistungsstudie PISA (vgl. DEUTSCHES PISA-KONSORTIUM 2001, 2002) und den positiveren Resultaten der Grundschulstudie IGLU (vgl. BOS u. a. 2003) ist in Bund und Ländern die Ganztagschule wieder auf der bildungspolitischen Tagesordnung. Ganztagschulen gelten als Gegenmodell zu wichtigen

Die Geschichte besteht aus einer Abfolge vergänglicher Veränderungen, während die ewigen Werte außerhalb der Geschichte bestehen, unveränderlich sind und kein Gedächtnis brauchen.

Milan Kundera

Problemen der bundesdeutschen Halbtagschule.

Dabei gibt es in Deutschland - entgegen den Behauptungen - schon lange Ganztagschulen: Auch vor zehn Jahren gingen über fünf Prozent der Kinder und Jugendlichen bis zum Abschluss der Sekundarstufe I in Ganztagschulen (ARBEITSGRUPPE BILDUNGSBERICHT 1994, S. 239). Aktuell zählt die Kultusministerkonferenz (KMK) über 2.200 Ganztagschulen (siehe Abbildung). Wegen Definitionsproblemen ist die genaue Zahl aber umstritten (ausführlicher: HOLTAPPELS 1995). Deutlich sichtbar sind große Unterschiede zwischen den Bundesländern, die nicht auf aktuellen parteipolitischen Konstellationen beruhen.

(weiter auf Seite 5)

Bundesland	Allgemein bildende Schulen		
	Insgesamt	Anzahl	Prozent
Baden-Württemberg	5.315	295	5,55
Bayern	4.697	124	2,64
Berlin	1.606	185	11,52
Brandenburg	1.470	120	8,16
Bremen	357	4	1,12
Hamburg	777	44	5,66
Hessen	2.921	286	9,79
Mecklenburg-Vorpommern	1.322	57	4,31
Niedersachsen	4.647	224	4,82
Nordrhein-Westfalen	6.896	569	8,25
Rheinland-Pfalz	1.787	121	6,77
Saarland	482	22	4,56
Sachsen	1.873	0	0
Sachsen-Anhalt	2.148	78	3,63
Schleswig-Holstein	1.527	22	1,44
Thüringen	1.011	86	8,5
Insgesamt	38.836	2.237	5,76

Abbildung: Ganztagschulen in Deutschland

Nach: *zweiwochendienst Bildung/Wissenschaft/Kulturpolitik*, 18. Jg., 2003, Nr. 1, S. 6 (nach Angaben der KMK vom September 2002)

Der uns heute bekannte Halbtagsunterricht existiert noch gar nicht lange: Bis vor etwa einhundert Jahren war Ganztagsunterricht auch in Deutschland normal. Er war an der Zeiteinteilung der Arbeitswelt orientiert. Der Arbeitsort lag meist nahe der Wohnung; dort gab es ein gemeinsames Mittagessen, dann ging es wieder zur Arbeit. So lief auch der Schulbetrieb - im Idealfall.

Im *ländlichen* Raum Deutschlands verschwand dieser Unterricht um 1870: Die Klassen wurden zu groß und deshalb in eine Vormittags- und eine Nachmittagsklasse geteilt. In den *Städten* kam es anders, denn Ärzte kritisierten ab 1836 den ganztägigen Unterricht der höheren Schulen, er überfordere die Kinder zeitlich. Auch dehnten sich die Städte räumlich aus, und so verlängerten sich die viermal am Tag zurückzulegenden Wege der Schüler zunehmend. Preußen führte für die höheren Schulen 1890 Halbtagsunterricht ein und dehnte ihn bis 1920 auf die städtischen Volksschulen aus. So wurde die Halbtagschule in Deutschland zur Normalität (LUDWIG 1993, S. 32 ff.).

2 Gründe für die moderne Ganztagschule

Die Probleme des alten Ganztagsunterrichts könnte man auch anders lösen. Das zeigt der Blick auf Staaten, die diese Ansätze fortentwickelten.

Die USA sind für uns ein klassisches Land des Ganztagsunterrichts. Auch dort gab es bis zum Ende des 19. Jahrhun-

derts geteilten Unterricht. Zwar wurden hier wegen der langen Schulwege und für Kinder, die täglich in Fabriken arbeiteten, ebenfalls Halbtagschulen eingerichtet, dies setzte sich aber nicht durch. Die alte Ganztagschule wurde vielmehr umgestaltet.

Eine wichtige Rolle spielt die *Schulspeisung*: Wegen der Schulwege gab es z. B. in ländlichen Gegenden Englands schon Ende des 19. Jahrhunderts Ansätze einer Schulspeisung für Kinder, die mittags nicht nach Hause gehen konnten. Auch in städtischen Armenvierteln führte man dies ein. Dabei wurde das sozialerzieherische Element einer gemeinsamen Mahlzeit entdeckt. Darum verbreitete sich die Schulspeisung in England und den USA nach 1900 schnell (LUDWIG 1993, S. 36).

Schulspeisungen gab es zwar auch in Deutschland, die erzieherischen Anteile darin wurden aber *nicht* beachtet. Diskutiert wurde vielmehr, dass die Schulspeisung die Erziehungsaufgabe der *Familie* einschränke. Für die sozialen Probleme, die in England und den USA zur gemeinsamen Schulspeisung führten, forderte man in Deutschland *familiopolitische* Maßnahmen und sah darin keine *schulische* Aufgabe. Zwar gab es in Deutschland noch bis zur Wirtschaftskrise 1929 Schulspeisungen für bedürftige Kinder, da aber die Halbtagschule durchgesetzt wurde, konnte daraus kein Ansatz einer Ganztagschule entstehen (LUDWIG 1993, S. 36 f.).

Moderne Ganztagschulen sind mehr als ein gemeinsames Mittagessen zwischen Vor- und Nachmittagsunterricht. Dafür sind zwei Entwicklungen in den USA wichtig, die Spielplatz-Bewegung und die Bewegung für Schule als soziales und kulturelles Zentrum. Erstere entstand in den USA der 1880er Jahre. Sie wollte genügend Spielplätze in den rasch wachsenden Städten schaffen. Wichtiger als die so entstehenden Spielplätze, Turn- und Schwimmhallen ist die Anerkennung des *Spielens*. Amerikanische Schulen greifen bis heute dessen geistige, moralische und soziale Bedeutung auf und beeinflussten damit vor allem Schulen in England (LUDWIG 1993, S. 37).

Um 1900 entstand die Idee, die Schule zu einem kulturellen Zentrum der Nachbarschaft zu machen. Amerikanische Schulen waren immer eng in die Gemeinde eingebunden; sie sind *kommunale* Veranstaltungen und nicht in erster Linie staatliche Einrichtungen. So wurden Schulen u. a. zu Abendvolkshochschulen und boten früh freizeiterzieherische Elemente an. Erwachsene wie Jugendliche sollten in dieser Schule auch am Abend die Möglichkeit zu Spiel, Veranstaltungen oder Lesen haben (LUDWIG 1993, S. 37).

Frankreich ist das Land mit der längsten Tradition und der am wenigsten umstrittenen Ganztagschule. Die Ganztagschule wurde 1881 eingeführt und ist so im Bewusstsein verankert, dass es kein Wort für Ganztagschulen gibt - Schule ist Ganztagschule. Der Schultag dauert für praktisch alle Schüler und Schülerinnen von 8.00 bis 16.30 Uhr, mit einer Mittagspause von 12.00 bis 14.00 Uhr (KNAUF 1993, S. 18 f., VEIL 2002, S. 35).

Die frühe Einführung in Frankreich hatte andere Gründe als die heute diskutierten. Dahinter stand ein *politisches* Konzept: Die Kirche sollte aus den Schulen vertrieben werden; für Katechismusunterricht und kirchliche Jugendarbeit ist seither ein Tag in der Woche (Mittwoch) schulfrei. Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt ohne Monarchie und ohne Rückgriff auf die Kirche zu gewährleisten, sollte das Schulfest aus den Individuen "Franzosen" machen. Die integrative Funktion des Bildungswesens liegt heute eher in der Anpassung an wirtschaftliche Veränderungen und an die gesellschaftliche Modernisierung (VEIL 2002, S.29 f.).

(weiter auf Seite 6)

3 Ganztagschule und Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine besondere Auswirkung von gut 120 Jahren Ganztagschule ist dort die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ab dem dritten Lebensjahr besteht ein Rechtsanspruch auf Aufnahme in die bis zum Schulbeginn dauernde Vorschule, die *école maternelle*. Diese besuchen heute ein Drittel der Zweijährigen und über 90 Prozent der Dreijährigen. Da die Vorschule ganztägig arbeitet, ist die Frauen- und Müttererwerbstätigkeit in Frankreich anders strukturiert. Frauen arbeiten dort zumeist kontinuierlich in *Vollzeit*. Teilzeitarbeit ist in diesem Land bisher ein Mittel zur De-regulierung von Arbeit und zum Auffangen von Schwankungen des Arbeitsanfalls (VEIL 2002, S. 33).

Probleme macht z. B. der schulfreie Mittwoch; die Familien müssen eine Betreuung der Kinder an diesem Tag finden. Der Unterricht am Samstag stört das gemeinsame Familienleben am Wochenende. Der Konflikt um die Aufteilung der Erziehung zwischen Familie und Schule, der in Deutschland zur Einführung der Halbtagschule beitrug, ist in Frankreich bedeutungslos: Dass die Schule aus Individuen Franzosen machen soll und dass der Ganztagsunterricht unterschiedliche familiäre Vorerfahrungen für eine bessere Chancengleichheit ausgleichen soll, ist weitgehend unumstritten (VEIL 2002, S. 37).

Unter gleicher Perspektive lohnt ein Blick in das PISA-Wunderland Finnland. Allerdings gibt es dort - entgegen mancher Behauptung (z. B. FINNLAND MACHT SCHULE 2002, S. 1) - keine echten Ganztagschulen im engen Sinne.

Unterricht dauert in Finnland normalerweise von 8.00 oder 9.00 Uhr bis zum frühen Nachmittag; ein Mittagessen gab es wegen langer Schulwege schon immer. Je nach Klassenstufe haben die Schüler und Schülerinnen schon ab 13.00 oder 14.00 Uhr frei, sodass ein Betreuungsproblem auftritt. Dieses wird unterschiedlich gelöst: durch Arbeitsgemeinschaften in der Schule, die Betreuung in Kindertagesstätten oder Angebote privater Träger, für die die Eltern selbst zahlen. Immer häufiger werden aber Kinder am Nachmittag sich selbst überlassen, sodass eine breite Diskussion über die so genannte "Nachmittagslücke" läuft (MATTHIES 2002, S. 40 ff.).

Wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Finnland die Tradition

der Vollzeitwerbstätigkeit von Frauen. Bis in die 1960er Jahre war Finnland ein Agrarland mit bäuerlichen Familienbetrieben. Dort arbeiteten selbstverständlich Männer und Frauen. Da Finnland für die Industrialisierung des Landes keine "Gastarbeiter" aufnahm, wurden Frauen immer als Arbeitskräfte benötigt. So gibt es z. B. keine familienbezogene Einkommenssicherung; Rente und Krankenversicherung sind hier an das Individuum gekoppelt. Kommt es auf jede einzelne Person an, wird auch das Bildungswesen entsprechend gestaltet: Alle sollen möglichst gleiche Bildungschancen erhalten; eine gute Bildung wird zu einem zentralen Anliegen der Gesellschaft (MATTHIES 2002, S. 43 f.).

Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist also auch ohne eine volle Ganztagschule möglich; die Sicherung des Mittagessens und verlässliche Regelungen zur Nachmittagsbetreuung erlauben schon die volle Berufstätigkeit beider Eltern. Ein gesicherter ganztätiger Aufenthalt in der Schule kann, wie in Deutschland, zur Verbesserung der Bildung verfolgt werden, aber z. B. auch für die Freiheit der Wahl von Beruf und Familie. Dahinter steht dann ein anderes Familienbild und eine andere gesellschaftliche Einstellung zur Erwerbstätigkeit von Frauen (ausführlicher: GOTTSCHALL/HAGEMANN 2002, S. 15 ff.). Umgekehrt heißt dies, der in Deutschland durch die PISA-Studie bestimmte Blick auf die Ganztagschule ist nicht unbedingt mit einem fortschrittlichen Familienbild verbunden. Die "wundersame Vermehrung von Ganztagschulen" (Länderübersicht 2003), die wir in den nächsten Jahren erleben, hat vor allem mit einer gelockerten Definition der Kultusministerkonferenz darüber zu tun, wann eine Schule als Ganztagschule gezählt werden darf, und kaum damit, dass Schulstrukturen - u. a. zur Verbesserung der Chancengleichheit - dringend dem heute verbreiteten Erwerbs- und Familienbild angepasst werden müssten.

Literatur

Arbeitsgruppe Bildungsbericht am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung 1994: *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen im Überblick*. Reinbek: Rowohlt
Bos, Wilfried/Lankes, Eva-Maria/Prenzel, Manfred/Schwippert, Knut/Walter, Gerd/Valtin, Renate (Hrsg.) (2003): *Erste Ergebnisse aus IGLU. Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich*. Hamburg, April 2003. <http://www.erzwiss.uni-hamburg.de/IGLU/kuurz.end.pdf>
Deutsches PISA-Konsortium (Hg.) 2001: *PISA*

2000. *Basiskompetenzen von Schülerin-nen und Schülern im internationalen Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich

Deutsches PISA-Konsortium (Hrsg.) (2002): *PISA 2000. Die Länder der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*. Opladen: Leske + Budrich

Finnland macht Schule (o. A.) 2002, MDR vom 21.09.2002, 3 Seiten, <http://www.mdr.de/schule/hintergrund/157668.html> (18.12.02)

Gottschall, Karin/Hagemann, Karen 2002: *Die Halbtagschule in Deutschland: Ein Sonderfall in Europa? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41/2002, S. 12-22*

Holtappels, Heinz Günter (Hrsg.) 1995: *Ganztagszerziehung in der Schule. Modelle, Forschungsbefunde und Perspektiven*. Opladen: Leske + Budrich

Knauf, Tassilo 1993: *Die Ganztagschule in Europa. Entwicklungslinien im EG-Bereich*. In: PÄD EXTRA, 21.Jg., 1993, Heft 6, S.18-21
Länderübersicht der Kultusministerkonferenz, KMK beschließt neue Definition von Ganztagschule (o. A.). In: *zweiwochendienst Bildung/Wissenschaft/Kulturpolitik*, 18. Jg., 2003, Heft 1, S. 6

Ludwig, Harald 1993: *Entstehung und Entwicklung der modernen Ganztagschule in Deutschland. Band 1: Vom Ausgang des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des 2. Weltkriegs. Band 2: Die Entwicklung der modernen Ganztagschule in Deutschland nach dem Ende des 2. Weltkriegs bis zur Gegenwart (1945-1990)*. Köln, Weimar, Wien: Böhlau

Matthies, Aila-Leena 2002: *Finnisches Bildungswesen und Familienpolitik: ein "leuchten-des" Beispiel? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41/2002, S. 38-45*

Veil, Mechthild 2002: *Ganztagschule mit Tradition: Frankreich*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 41/2002, S. 29-37*

Internetadressen

<http://www.ganztagschule.de> (Zeitschrift)

<http://www.ganztagschulverband.de>

<http://www.zweiwochendienst.de/bildungundpolitik/Themen/ganztagschule.htm> (Dokumente zur parteipolitischen Diskussion seit 2000)

Norbert Wenning ist Professor an der FernUniversität Hagen
E-Mail: norbert.wenning@fernuni-hagen.de



Fördern Sie uns!

Werden Sie Fördermitglied im Förderverein der SRzG und unterstützen Sie uns bei der Bewältigung unserer Aufgaben. Als Fördermitglied sind Sie zu allen öffentlichen Treffen des Vorstands und des Kuratoriums eingeladen. Der Jahresbeitrag kostet 50 €, für Unterdreißigjährige sogar nur 25 €. Füllen Sie bitte noch heute den Aufnahmeantrag auf der letzten Seite aus!

Vielleicht werden Ihre Kinder und Enkelkinder es Ihnen danken.

Der "Wiesbadener Entwurf" einer familienpolitischen Strukturreform des Sozialstaats

von Dr. Jürgen Borchert

Der "Wiesbadener Entwurf" der Hessischen Staatskanzlei fordert neue Konzepte in der Familien- und Sozialpolitik.

I. Familienpolitik?

Kinder sind die wichtigste Zukunftsresource eines Landes. Ihre Begabung, Ausbildung, Leistungsfähigkeit und Zahl sind von entscheidender Bedeutung. Das gilt erst recht für das rohstoffarme Deutschland. Familien-, Bildungs- und Bevölkerungspolitik müssten in der Hierarchie der Politiken deshalb einen Spitzenplatz einnehmen.¹ Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Obwohl sich die Geburtenzahlen seit den Wirtschaftswunderjahren fast halbierten und der Anteil der Sozialausgaben verdoppelte, hat sich die materielle Situation vieler Familien nicht etwa verbessert, sondern erheblich verschlechtert. Schon eine vierköpfige Familie mit Durchschnittsgehalt lebte im Jahr 2002 unter dem Existenzminimum.



Seit 1965 hat sich der Anteil der Kinder im Sozialhilfebezug auf nahezu das 16fache erhöht. Besonders prekär ist die Einkommenslage bei Alleinerziehenden. Weiterhin zeigen uns die OECD-Statistiken, dass Deutschland bei den Bildungsanstrengungen unter den entwickelten Ländern weit abgeschlagen auf einem der hinteren Plätze liegt!

II. Soziales Chaos vorprogrammiert

Durch die Familienarmut und die fehlenden Bildungsanstrengungen wird das Humanvermögen, dem für die wirtschaftliche, die soziale, die kulturelle und die wissenschaftliche Qualität der Gesellschaft grundlegende Bedeutung zukommt, nachhaltig beschädigt. Parallel

dazu altert die Bevölkerung Deutschlands trotz hoher Zuwanderungszahlen. In Kürze wird sie, sich beschleunigend, schrumpfen. Der Verlust an Innovationsfähigkeit und der als Produktivkraft eigener Art angesehenen Risikobereitschaft wird immens. Während die sozialen Belastungen durch die Alterung und die notwendigen Integrationsanstrengungen wachsen, verliert die Wirtschaft an Dynamik. Die rapide Verschärfung gesellschaftlicher Verteilungskonflikte ist damit vorprogrammiert. Mit dem Instrumentarium der lohnbasierten Sicherungssysteme sind sie nicht zu lösen, weil deren Verteilungsmechanismen in zunehmendem Maße die Probleme selbst produzieren, zu deren Lösung sie einst geschaffen wurden. Die vielfach geforderte Umstellung auf kapitalgedeckte Systeme bietet jedoch keinen Ausweg, sondern würde im Gegenteil gravierende zusätzliche Probleme schaffen.²

III. Ursachen der Deklassierung der Familien

Wenn die Politik diese Fehlentwicklung stoppen und umlenken will, müssen zunächst die tieferen Ursachen der Familienverarmung verstanden werden. Entgegen verbreiteter Meinung lassen sich weder Unterschichtungsphänomene infolge vermehrter Zuwanderung oder die verfestigte Massenarbeitslosigkeit noch die nach wie vor unzureichende Vereinbarkeit von Erwerb und Familie als dominante Ursachen dieser Entwicklung identifizieren. Denn die Zahlen der Sozialhilfeempfänger stiegen auch in jenen Jahren fast ungebrochen, in welchen kaum Zuwanderung stattfand oder die Arbeitslosenzahlen signifikant zurück-

gingen. Ebenso ist festzustellen, dass auch die deutliche Zunahme mütterlicher Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten den Prozess in den alten Bundesländern nicht stoppen konnte und Familienarmut jetzt auch in den neuen Bundesländern grassiert, in denen bekanntlich eine flächendeckende Versorgung mit institutioneller Kinderbetreuung besteht.

Darüber hinaus ist die Frage zu beantworten, warum die Deklassierung der Familien auch durch den steten Ausbau des Sozialstaates nicht verhindert wurde.

Die nähere Betrachtung dieser Phänomene zeigt, dass die Familien tatsächlich gerade dem Ausbau der staatlichen Aktivitäten, dabei insbesondere der Sozialversicherung, zum Opfer gefallen sind, weil bei deren Finanzierung elementare Gerechtigkeitsgrundsätze missachtet wurden. Das beginnt mit der Feststellung, dass der Sozialstaat die Hauptlast der sozialen Sicherung den Arbeitnehmern aufbürdet, andere Einkommensarten jedoch verschont. Ungerecht ist auch die Revenue selbst: Während die Einkommens- bzw. Lohnsteuer aufgrund der Interventionen des Bundesverfassungsgerichts zumindest das Existenzminimum freistellt, ist dies bei den Sozialversicherungsbeiträgen überhaupt nicht und bei den indirekten Steuern durch die Staffelung des Mehrwertsteuertarifs nur rudimentär der Fall. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Beitragsstruktur der Sozialversicherung wegen der fehlenden Progression sowie aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen implizit zu einer "Umverteilung von unten nach oben" führt.

Die wesentliche Ursache ist also in dem falsch konzipierten Sozialstaat zu suchen, der zugleich die Lasten der Kindererziehung weitgehend privatisiert, obwohl der Nutzen, nämlich das von den Kindern später erwirtschaftete Sozialprodukt, über die "Generationenverträge" der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sozialisiert ist.

IV. Notwendig: Familienpolitische Strukturreform des Sozialstaats

Die einfachste und wirksamste Strategie zur Behebung der "strukturellen Rücksichtslosigkeiten"³ des gesellschaftlichen und staatlichen Systems besteht in der

(weiter auf Seite 8)

(Der "Wiesbadener... Fortsetzung von Seite 7)
konsequenter Anwendung der grundgesetzlich normierten Verteilungsregeln, an welche das Bundesverfassungsgericht seit 1990 bereits mehrfach nachdrücklich erinnert hat. Familien müssen in den Stand versetzt werden, ihre Kinder aus dem selbst erwirtschafteten Einkommen zu unterhalten, statt in die Rolle von Almosenempfängern gedrängt zu werden. Dabei geht es keineswegs um eine Erhöhung des Volumens des Familienlastenausgleichs im Sozialbudget, also mehr Umverteilung. Im Gegenteil: Familiengerechte Proportionalitäten lassen sich mit weniger Umverteilungsmasse schon durch eine präzise Ausrichtung der staatlichen Eingriffe am Maßstab der Leistungsfähigkeit herstellen. Im Einzelnen sind folgende Schritte notwendig:

1. "Familienwahlrecht"

Um die Durchsetzungschancen dieser Strukturreform des Transferstaates zu erhöhen, gehört an den Anfang der politischen Debatte die Forderung nach einem "Familienwahlrecht", denn eine Gesellschaftsordnung auf der Basis von "Generationenverträgen" bedarf der "Re"-Präsentation der "dritten Generation".

2. Definition eines einheitlichen Existenzminimums

Eine konsequent am Gleichheitssatz und dem Prinzip der Familiengerechtigkeit ausgerichtete Reform des Sozialsystems setzt Transparenz und klare Maßstäbe voraus. Dreh- und Angelpunkt für die Beurteilung der Lasten- und Leistungsgerechtigkeit ist das Existenzminimum, denn nur das jenseits des Existenzminimums frei verfügbare Einkommen steht für Abgaben zur Verfügung. Zugleich hat das Existenzminimum in vielen Bereichen die Funktion einer Einkommens-

grenze für diverse Sozialleistungen, Zahlungsverpflichtungen oder Pfändungsverzögerungen und Ähnliches. Der gegenwärtige Rechtszustand ist hier aber chaotisch. Welche Willkür hier anzutreffen ist, unterstreicht die Tatsache, dass das Existenzminimum in Gestalt der zum Jahresanfang 2003 in Kraft tretenden Grundsicherung für Rentner in Höhe von bis zu 844 € das Existenzminimum für sonstige erwachsene Sozialhilfeempfänger um rund 200 € überschreitet.⁴

3. Maßnahmen zum Ausgleich von Nachteilen

a) *Finanzierung der Sozialversicherung*: Die Sozialversicherung ist vom Arbeitsverhältnis ab- und ihre Finanzierung nach dem Muster des Solidaritätszuschlags an die Einkommenssteuer anzukoppeln: Das bedeutet die Schaffung einer Volksversicherung unter Einbeziehung aller Personengruppen und sämtlicher personengebundener Einkommen. Bestehende Sondersicherungssysteme sind ggf. als Zusatzsysteme auszugestalten. Für die Rentenleistungen sollte ein Korridor von Mindest- und Maximalrenten im Sinne des "Schweizer Modells" geschaffen werden. Eine deutliche Verbreiterung der Finanzbasis und eine ebenso spürbare Absenkung der Beitragssätze - etwa in der Größenordnung um 60 v. H. - wäre die Folge.⁵

b) *Indirekte Steuern*: Im Steuersystem sind vorrangig die immer schärferen Belastungsasymmetrien zum Nachteil der Familien zu beseitigen, welche durch die wachsenden indirekten Steuerlasten entstehen. Hier dürfte nur eine Erstattung der auf dem durchschnittlichen Kindesunterhalt lastenden indirekten Steuern in Form von Kindergeld als Lösung in Frage kommen.

c) *"Beitragsäquivalente" Berücksichtigung der Kindererziehung im Leistungsrecht*: Auf der

Leistungsseite der Altersversorgungssysteme ist dem konstitutiven Charakter der Kindererziehung schließlich durch Herstellung einer intragenerationellen Balance der Rentenleistungen zwischen Kinderlosen und Eltern Rechnung zu tragen. Die in nennenswertem Umfang nur für Geburten ab 1992 geltenden "Babyjahre", die erst in ferner Zukunft rentenwirksam werden und überdies als Mehraufwand intergenerationell von den Kindern der bedachten Eltern selbst zu finanzieren sind, leisten dies nicht.

Fazit: An die Stelle der extrem regressiven Belastung durch die gegenwärtigen Abgaben träte so - umgekehrt - eine regressive Entlastung, welche vor allem den Niedriglohnsektor und Familieneinkommen bis in den Bereich der Durchschnittseinkommen abgabenfrei stellt und damit zugleich eine kardinale Ursache der Massen- und Langzeitarbeitslosigkeit beseitigt. Diese Abgabengerechtigkeit ist zudem die beste Lohnsubvention, da sie deren zahllose Widersprüche vermeidet. Bewirkt würde darüber hinaus eine bessere Kongruenz von Einkommen und Bedarf, welche die marginale Konsumquote erhöht und damit konjunkturell belebend wirkt.

Durch diese Maßnahmen werden nur die eklatanten und zu Lasten der Familien als verfassungswidrig erkannten Verteilungsasymmetrien ausgeglichen. Sie behalten noch nicht die verfassungsrechtlich zusätzlich gebotene Familienförderung, denn diese kann begriffsnotwendig erst hier beginnen; das übersieht beispielsweise, wer Kinderbetreuung und Kindergeld in Fiskalkonkurrenz setzen will.⁶ Zudem lassen sich die Konzepte der "Wahlfreiheit" wie der "Vereinbarkeit von Erwerb und Familie" ohne eine vorherige familienpolitische Strukturreform des Sozialstaats nicht sinnvoll und fol-

(weiter auf Seite 9)

Lieferbare Bücher und Zeitschriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG):

>SRzG (Hrsg.): Handbuch Generationengerechtigkeit? oekom Verlag: 2003; 25 € >SRzG (Hrsg.): Was bleibt von der Vergangenheit? Die junge Generation im Dialog über den Holocaust. - Mit einem Vorwort von Roman Herzog, CH. Links: Berlin 1999; 10 € >SRzG (Hrsg.): Die 68er. Warum wir Jungen sie nicht mehr brauchen, Kore Verlag: Freiburg 1998; 10 € >SRzG (Hrsg.): Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt, Rasch und Röhrling Verlag: Hamburg 1997; 10 €

Ausgaben der Zeitschrift Generationengerechtigkeit / Folgende bisher erschienenen Ausgaben können Sie bei der SRzG beziehen: zu je 10 €:

>Generationengerechtigkeit und Unternehmen (Jg 3, Heft 2) >Generationengerechtigkeit oder Nachhaltigkeit (Jg 3, Heft 1) >Generational Justice (engl.) (Jg 2, Heft 3) >Finanzielle Generationengerechtigkeit (Jg 2, Heft 1) >Biotechnologie (Jg 1, Heft 4) >Global Governance (Jg 1, Heft 3) >Weltbevölkerungswachstum (Jg 1, Heft 2)

Kostenlose Schriften der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

>Kurzinformation (Flyer) / >Das Wichtigste in Kürze! (Die Selbstdarstellung der SRzG) / >Die SRzG im Spiegel der Presse
>Resolution des Europäischen Jugendkongresses 2000 "Our Common Future - Realising Sustainability", Resolution des 2. Jugendkongress der SRzG (Politiktest-Ergebnisse), Resolution des 1. Jugendkongresses der SRzG (Neue Generationenverträge) >Erklärung der Rechte zukünftiger Generationen (+ Unterschriftenblatt) / >Gesprächskultur der SRzG >Stellungnahme zur Darstellung des Generationskonfliktes in den Medien

Videokassette von YOIS

>Rally of Youth 2001 (deutsch) >Rally of Youth 2001 (englisch) (zu beziehen bei: Videart 21, Magnus Pechel, fon: 06421-63101 o. 0177-4146743, e-mail videart21@web.de)

(Der "Wiesbadener... Fortsetzung von Seite 8)
gerichtig verwirklichen.

4. Maßnahmen der Familienförderung

a) *"Wahlfreiheit und Vereinbarkeit"*: Zur Herstellung der ebenfalls verfassungsrechtlich gebotenen "Wahlfreiheit" und der "Vereinbarkeit" ist eine Fülle von Maßnahmen zu ergreifen, welche auch "die Wirtschaft" betreffen, die derzeit überwiegend jedoch in die Zuständigkeit der Länder und Kommunen fallen, insbesondere im Bereich der institutionellen Kinderbetreuung einschließlich der Ganztagschulen. Diese Maßnahmen wiederum setzen zunächst eine Veränderung der Verteilungsschlüssel der Finanzverfassung und eventuell auch des Länderfinanzausgleichs voraus, um dem erheblichen Aufwandszuwachs der unteren Ebenen Rechnung zu tragen. Denn wer danach fragt, weshalb das allseits als notwendig konsentrierte Projekt der flächendeckenden öffentlichen Kinderbetreuung seit über 20 Jahren nicht voran kommt, der stößt auf die Tatsache, dass die Finanzlage der Kommunen, welche für 70 bis 80 v. H. der öffentlichen Investitionen zuständig, aber nur zu rund 15 v. H. am Gemeinschaftssteueraufkommen beteiligt sind, schon durch den steten Ausgabenzuwachs bei der Sozialhilfe insbesondere wegen der Familienverarmung immer desolater wird. Alternativ wäre auch daran zu denken, die Sozialhilfe zwar als Auftragsverwaltung bei den Kommunen zu belassen, die materielle Verantwortung jedoch bei Bund anzusiedeln; das würde übrigens den ursprünglichen Vorstellungen bei der Einführung der Sozialhilfe im Jahre 1961 am ehesten entsprechen, dass sie wegen des Ausbaus der vorrangigen Sozialversicherungssysteme kontinuierlich an Bedeutung verlieren werde.

b) *"Eltern(teil)zeit"*: Um die Wahlfreiheit und damit den ebenfalls ausdrücklich von der Verfassungsjudikatur erwähnten "teilweisen und zeitweisen Erwerbsverzicht zugunsten der persönlichen Betreuung der Kinder" zu ermöglichen, ist ferner eine entsprechende Sozialleistung zu schaffen. Konzepte der Honorierung der Erziehungsleistung einschließlich des "Familiengeldes" werden abgelehnt. Stattdessen wird dafür plädiert, einen neuen Lohnersatztatbestand in der Zuständigkeit der Bundesanstalt für Arbeit zu integrieren (die vorhergehende Strukturreform der Transfersysteme natürlich vorausgesetzt). Hier bietet sich zugleich eine Kombination mit den Überlegungen an, welche bei der Kinderbetreuung ei-

nen Wechsel von der Objekt- zur Subjektförderung vorschlagen. Zugleich ist für eine "Elternteilzeit" die bereits geltende Regelung der Altersteilzeit als vorbildlich zu berücksichtigen, bei welcher die Arbeitszeit für bis zu zehn Jahren halbiert und die Ausfälle an Lohn und sozialer Sicherung weitgehend kompensiert werden.

5. Neue Rangordnung sozialer Ansprüche und Pflichten notwendig

Diese Reformaufgaben sind ihrer Natur nach reine Verteilungsfragen. Finanzierungseinwände greifen deshalb nicht. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass die falschen und grundgesetzwidrigen Weichenstellungen von 50 Jahren bundesdeutscher Verteilungspolitik sich zu strukturellen Bestandteilen des gesellschaftlichen Systems selbst verfestigt haben. Die eingetretene Schlagsseite in der gesellschaftlichen Verteilung zu Lasten der Familien und der Jüngeren wird nämlich von den privilegierten Mehrheiten der Senioren und der sonstigen Personen ohne Unterhaltsverpflichtungen längst als Besitzstand wahrgenommen und verteidigt. Die Mehrkinderfamilie hingegen, die von der Fehlverteilung am meisten betroffen ist, hat in diesem Verteilungskampf keine Lobby. Zudem verleitet die Kürze der Legislaturperioden Regierung und Legislative immer wieder dazu, den notwendigen, aber schmerzhaften Entscheidungen mit Rücksicht auf vermeintliche Wahnachteile auszuweichen.

6. Drohender Legitimationsverlust des politischen Systems

Angesichts der absehbaren Widerstände ist deshalb daran zu erinnern, dass die wesentlichen Verteilungsfragen vom Bundesverfassungsgericht bereits geklärt sind und die jeweiligen Verfassungsaufträge noch der Umsetzung harren. Das, was der Gesetzgeber bisher unternommen hat, erfüllt die Gebote nicht. Im Gegenteil: Die relative Einkommenssituation der Familien hat sich sogar noch weiter verschlechtert. Der Legitimationsverlust eines politischen Systems, welches sich der Lösung der drängenden Probleme versagt, ist aber vorprogrammiert.⁷ Vielleicht ist die Tatsache, dass die jeweils herrschende politische Mehrheit seit 1990 die einschlägige Verfassungsjudikatur ignoriert, unterläuft und konterkariert, bereits der Ausdruck einer finalen Krise. Ein Übriges werden die rapide wachsenden Probleme im Bereich der sozialen Sicherungssysteme bewir-

ken. Was beispielsweise der Krankenversicherung bei der absehbaren Erhöhung des Altenanteils von 23 auf ca. 36 v. H. bevorsteht, ist angesichts der Tatsache, dass heute schon rd. 50 v. H. der Ausgaben für Senioren über 60 benötigt werden und kaum 5 v. H. an unter 17-Jährige gehen, einfach auszurechnen. Weil die Entwicklung damit aber immer massiver die Eigeninteressen des politischen Systems selbst berührt, steigen zugleich die Chancen, dass es "in letzter Minute" doch noch zu einer Gegensteuerung kommt. Die Anzeichen dafür mehren sich. So zeigen die unter dem Druck ansteigender Arbeitslosigkeit zu Beginn des Wahljahres 2002 aufgestellten Forderungen von Bündnis90/Die Grünen nach einer Korrektur der 325-Euro-Jobs sowie nach Abgabefreiheit/Lohnzuschüssen im Niedriglohnbereich von 325-870 €, dass die asymmetrischen Belastungswirkungen der Transfersysteme zu Lasten der Niedrigeinkommen, die in diesem Entwurf ausführlich behandelt werden, zumindest ansatzweise auch im politischen Raum mittlerweile erkannt werden.

¹ Koch, Roland: *Kinderfreundliche Gesellschaft: Familienförderung ist die beste Wirtschaftsförderung*, in: *Soziale Ordnung* 1/2002, S. 12 ff.

² Borchert, Jürgen: *Fragen zur Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung*, in: Boecken/Hänlein/Kruse/Steinmeyer (Hg.), *Öffentliche und private Sicherung gegen soziale Risiken*, Baden-Baden 2000, S. 134 ff.; Rutland, Franz, *Die Rentenreform unter besonderer Berücksichtigung der staatlich geförderten Altersvorsorge*, *Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS)* 10/2002, S. 505 ff.

³ *Zur strukturellen Rücksichtslosigkeit ausführlich der 5. Familienbericht*, BT-Drucks. 12/7560, S. 21 ff.

⁴ Vgl. die *Pressemeldung des VDR vom 15.10.2002* (www.vdr.de).

⁵ So Wilhelm Hankel 2002 in seinem Referat in Teil B - Dokumentation; siehe ferner das Gutachten des DIW zum Rentenmodell der IG BAU: Meinhardt/Kirner/Grabka/Lobmann/Schulz, *Finanzielle Konsequenzen eines universellen Systems der gesetzlichen Alterssicherung*, Düsseldorf 2002, S. 123.

⁶ Wie beispielsweise die Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein Heide Simonis im ZEIT-Gespräch Nr. 36/01 vom 30.8.2001 "Kinderpause für Väter".

⁷ Der wachsende Rechtsradikalismus kann in diese Richtung gedeutet werden, vgl. Borchert, Jürgen, "Wenn das der Kaiser wüsste..." Über Rechtsradikalismus und das Versagen der Sozialdemokratie, in: *Humanwirtschaft*, 6-7/2001, S. 16 ff.

Dr. Jürgen Borchert ist Sozialrichter in Darmstadt



Reichtum ist wie Mist.
Nur gut verteilt ist er erträglich.

Dr. Jürgen Borchert

Anerkennung von Familienarbeit als Beitrag zur Generationengerechtigkeit

von Sandra Moritz M.A.

Familienarbeit ist gesellschaftlich notwendige Arbeit und sollte monetär entlohnt werden, und das nicht nur aus Gründen der Rente. Auch aus geschlechterdemokratischer Perspektive ist es höchste Zeit, den Beitrag von Frauen anzuerkennen und damit eine nachhaltige Basis zu schaffen für kommende Generationen von familientätigen Menschen.

Wenn neuerdings von Generationengerechtigkeit die Rede ist, führen Politiker oft demografische Aspekte ins Feld, um derentwillen familienpolitische Veränderungen angestrebt werden sollten. Es heißt, zu niedrige Geburtenraten führten dazu, dass kommende Generationen in eine immer älter werdende Bevölkerung hineinwachsen, mit allen finanziellen und sozialen Konsequenzen. Deshalb wird eine Anhebung des Bevölkerungswachstums befürwortet, damit auch künftige soziale Systeme Bestand haben. Durch demografische Beschwörungen allein lassen sich Menschen aber nicht zum Kinderkriegen überreden. Viele Menschen weigern sich, Kinder in die Welt zu setzen, weil sie sich nicht vorstellen können, in Ermangelung von Ganztagsbetreuungsangeboten für einige Jahre ganz oder teilweise aus der Erwerbswelt auszuschneiden. Diejenigen, die bereits Kinder großziehen, fühlen sich von Gesellschaft und Politik in finanzieller und moralischer Hinsicht im Stich gelassen. Es herrscht ein Defizit an familiengerechten Modellen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen und den Kinderhabenden somit Wahlfreiheit lassen.

Die Studie "Erziehungsgeld 2000" von Michael Opielka und Christian Leipert unterbreitet beispielsweise den Vorschlag, durch eine gesellschaftlich finanzierte Anerkennung häuslicher Erziehungsarbeit Kinderhabende für ihren Leistungsbeitrag monetär zu entlohnen. Das Argument lautet: Die finanzielle und damit auch gesellschaftliche Anerkennung von Erziehungsarbeit bietet Menschen mit Kinderwünschen die Sicherheit, die sie brauchen, um Kinder in einer Gesellschaft aufzuziehen, die sich primär über Erwerbsarbeit definiert. Vier Ungerechtigkeiten sollen so beseitigt werden: die der Kinderlosen gegenüber Kinderhabenden, die von Männern gegenüber Frauen, der Alten gegenüber Jungen und von Erwerbstätigen gegenüber Er-

werbslosen. Weiter wird davon ausgegangen, dass eine Entlohnung der Familiertätigen die Entscheidung zu mehr Kindern erleichtern würde. In Deutschland wünschen sich die Menschen mehr Kinder, als sie haben, beschränken sich aber aufgrund der mangelhaften Rahmenbedingungen auf zur Zeit 1,35 Kinder.



*Karikatur Tomaszewski
erstmalig erschienen in: der blaue
Reiter, Journal für Philosophie,
2/2002, Abdruck mit freundlicher
Genehmigung des omega Verlag
Siegfried Reusch e.K.*

Mangelnde Anerkennung der Arbeit von einem Teil der Bevölkerung

Menschen, die hierzulande Kinder aufziehen, stehen unter dem doppelten Druck, den inhaltlichen und zeitlichen Ansprüchen von Arbeitsplatz und familiärem Bereich zu genügen. Kinder und Beruf sind schwer vereinbar, das fängt schon mit der Familiengründung an. Besonders Frauen sehen sich gezwungen, die Entscheidung für Kinder auf Kosten der Erwerbsarbeit zu treffen, da die Öffnungszeiten institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen sich nicht mit dem für die Erwerbsarbeit erforderlichen Zeitaufwand decken, sprich unflexibel sind. Die zumeist von Frauen geleistete Aufzucht von Kindern wird gesellschaftlich nicht honoriert. Familienarbeit, wie sie von der Philosophin Angelika Krebs (Basel) definiert wird, meint die Sorge für und die Aufzucht von Kindern, nicht aber die Arbeit am selbständigen Partner, der sich auch gut selbst helfen könnte (also Hemdenbügeln, Beziehungsarbeit leisten etc.). Familienarbeit wird hierzulande nicht wie beim oben genannten Konzept "Erziehungsgeld 2000" angemessen entlohnt: Warum ist das so? Kinderhaben sei Privatsache, meinen die einen, Erziehung mache doch Spaß, urteilen die anderen,

es sei Liebe, mit welcher man Kinder großziehe, und die sei eben unbezahlbar. Das dem nicht unbedingt so ist, kann leicht nachgewiesen werden; die Kinder von heute sind die Rentenzahler von morgen, und die Rente mag wohl keiner als Privatsache abtun. Mit dem Spaß ist das so eine Sache, viele der Tätigkeiten, die das Kinderhaben mit sich bringt,

mögen eher unter die Kategorie "Arbeit" fallen, denkt man zum Beispiel an die routinemäßige 24-Stunden Betreuung von Säuglingen und Kleinstkindern, deren Pflege und Ernährung oder die nervenzermürbenden Auseinandersetzungen mit Teenagern. Ja und die Liebe? Mit Liebe haben diese Tätigkeiten nicht zwingend etwas zu tun, es ist in erster Linie Fürsorge, die da geleistet wird und auf die Kinder ohne wenn und aber einen Anspruch haben. Der Punkt ist der, dass Eltern in diesen Tätigkeiten prinzipiell ersetzbar sind, ein kompetenter Babysitter oder eine gute Ganztagschule kann dies genauso tun. Die Liebe zu den eigenen Kindern muss sich nicht an diesen Tätigkeiten festmachen, sondern kann auch innerhalb eines anderen Rahmens (beim Vorlesen, beim vertrauten Gespräch) stattfinden. Menschen mit Kindern sollten genügend Mittel zur Verfügung haben, um entscheiden zu können, ob sie diese privat, oder institutionell betreuen wollen. Diese Wahlfreiheit ist nicht gegeben. Kinderhabende müssen oft den Wunsch nach Vollzeitarbeit aufgeben, d.h. auf Teilzeitarbeitsplätze ausweichen, oder aber, wenn sie es finanziell können, aus der eigenen Tasche für zusätzliche Kinderbetreuung sorgen.

(weiter auf Seite 11)

(Anerkennung ... Fortsetzung von Seite 10)

Den geringverdienenden Eltern bleibt dieser Weg versperrt, was für Frauen finanzielles Angewiesensein auf den Ehepartner, für Alleinstehende mit Kindern Abhängigkeit von staatlichen Transfers bedeutet. Das sprichwörtliche schlechte Gewissen, welches Kinderhabende trotz der Kombination von öffentlicher Kinderbetreuung und privaten Arrangements immer wieder beschleicht, der tägliche Spagat, den sie zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit vollziehen müssen, ist Ausdruck gesellschaftlicher Nicht-Anerkennung von sorgenden Tätigkeiten im privaten Sektor. Kindererziehung ist, so Leipert und Opielka, *gesellschaftlich notwendige Arbeit* und sollte im Namen der Leistungsgerechtigkeit honoriert werden.

"Erwerbsarbeit und Erziehungsarbeit sind gleichwertig. So wie die Erwerbsarbeit soll auch die Erziehungsarbeit materiell entgolten werden. Die Gleichwertigkeit von Erwerbs- und Erziehungsarbeit soll Ausdruck eines neuen Gesellschaftsvertrags sein". (Opielka/Leipert 1998, S.13)

Die derzeitige Gratisleistung weiblicher Familienarbeiter ist Nicht-Anerkennung der Arbeit einer Hälfte der Bevölkerung und somit als ungerecht zu bezeichnen. Wer zum Funktionieren der Gesellschaft beiträgt, muss sich ob fehlender Anerkennung gedemütigt fühlen. Es kann nicht im Sinne generationengerechter Politik sein, dass die Gesellschaft einer bestimmten, gesellschaftlich notwendigen Arbeit leistenden Bevölkerungsgruppe keine Anerkennung zollt. Generationengerechtigkeit soll auch mit Blick auf diese sexistischen gesellschaftlichen Strukturen die Weichen stellen und für kommende Generationen von Familienarbeitern bessere Lebensbedingungen schaffen.

Ausschluss der Familientätigen vom gesellschaftspolitischen Leben

Die gesellschaftliche Nicht-Anerkennung von Familienarbeit, die nun einmal zum Großteil von Frauen geleistet wird, wirkt neben den individuellen finanziellen Schwierigkeiten für die Betroffenen und den langfristigen Folgen für das Rentensystem noch weitere Probleme auf. Kinderhabende, die nicht frei wählen können zwischen familialer und institutioneller Betreuung, riskieren zum einen zeitliche und inhaltliche Lücken in ihrer Erwerbsbiographie. Zum anderen führen die geringen zur Verfügung stehenden Mittel und die zeitlichen Einschränkun-

gen, die eine überwiegend familiäre Kinderbetreuung mit sich bringt, zu einem Ausschluss der Familientätigen vom gesellschaftspolitischen Leben, ja sie müssen sogar auf Selbstverwirklichung verzichten. Unter der Doppelbelastung von Erwerbs- und Familienarbeit ist es schwer möglich, sich politisch zu engagieren, ein Ehrenamt zu übernehmen, aber auch Freizeit für sich selbst zu genießen und die Muße zu haben, mal fünf grade sein zu lassen.

Aufrechterhaltung der Fürsorgetätigkeiten durch Frauen und damit Verfestigung der klassischen Geschlechterrollen

Die Rahmenbedingungen, welche die derzeitige Familienpolitik den Kinderhabenden stellt, sind auch in geschlechterdemokratischer Hinsicht problematisch. Nicht allein dass Frauen die Hauptbetroffenen sind, die derzeitige Tendenz, Kindererziehung als Privatsache abzutun, zementiert bestehende Geschlechterrollen und legt die Lebensentwürfe künftiger Frauengenerationen zumindest zum Teil fest. Wenn Fürsorgetätigkeiten weiterhin überwiegend durch Frauen aufrechterhalten werden, kann sich erstens kein gesellschaftliches Umdenken einstellen, zweitens können auch zwischen den Geschlechtern keine partnerschaftlichen Kindererziehungsmodelle ausprobiert werden. Es muss akzeptiert und unterstützt werden, dass Frauen Vollzeit arbeiten, obwohl sie Kinder haben. Damit Eltern Familienarbeit unter sich aufteilen können, bedarf es mehr als Ermutigungsappelle an Väter, "mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen". Es müssen endlich Schritte unternommen werden, die wirtschaftliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen innerhalb einer Partnerschaft zu etablieren. Abhängigkeitsverhältnisse ökonomischer Natur bilden keine gute Grundlage für eine gerechte Aufteilung der in Familien anfallenden Arbeiten. Kinder haben ein Anrecht auf Fürsorge, also Zeit, Zuwendung, Aufmerksamkeit, und diejenigen, die das leisten, sollten monetäre Anerkennung erhalten.

Bessere Bedingungen für Kinder

Was hat die Entlohnung von Erziehungsarbeit mit Generationengerechtigkeit und dem Wohlergehen unserer Kinder zu tun? Die Zahlen des Bundesamtes für Statistik bestätigen einen Anstieg der Armut unter Kindern: "Die Armutsquote von Kindern bis zum Alter von 10 Jah-

ren ist dreimal so hoch wie die der Älteren von mehr als 70 Jahren". Kinderarmut als eine der direkten Folgen von Arbeitslosigkeit verursacht bei den Betroffenen körperliche und seelische Krankheiten. Der finanzielle Mangel in Familien schmälert die geistigen und seelischen Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen, sie können z. B. nicht an Bildungsmaßnahmen und Freizeitangeboten teilnehmen, dabei benötigen gerade arme Kinder durch das durch Unsicherheit und Spannungen beeinträchtigte Familienklima zusätzliche psychologische Unterstützung und Abwechslung. Die Einführung eines Erziehungsgehalts würde neben der gerechten Entlohnung von Familienarbeitern auch die Kinder vor den Folgen eines Lebens in sozialer und materieller Armut schützen, indem ihre Grundbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Freizeitangeboten befriedigt werden, unabhängig davon ob ihre Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen können oder nicht. Generationengerechte Familienpolitik muss den Teufelskreis von Armut und sozialer Benachteiligung von Kindern in Familien unterbrechen, sonst droht laut der Studie "Armut im frühen Grundschulalter", die das Frankfurter Institut für Sozialpädagogik und Sozialforschung (ISS) im Auftrag der Arbeiterwohlfahrt Ende Februar 2003 vorgelegt hat: "Kinder, die heute in Armut leben, bleiben arm und auch ihre Kinder werden arm sein."

Sandra Moritz, M.A., Philosophin, Unit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Stonesmart-Consulting GmbH, sandramoritz@surfeu.de



Eine Schlüsselaufgabe ist die Entwicklung von Maßnahmen, die Menschen davon abhalten, sich vor bestimmten Aufgaben zu drücken. Entgegen der konservativen Auffassung sind die wirklichen Drückeberger im heutigen System nicht die arbeits-scheuen, armen, alleinstehenden Mütter. Es sind vielmehr die Männer aller Schichten, die sich vor der Haus- und Betreuungsarbeit drücken, sowie die Unternehmen, die auf Kosten der unterbezahlten Arbeit von Menschen leben.

*Nancy Fraser,
"Die halbierte Gerechtigkeit"*

Über den Gebrauchswert von Kindern

Eine kinderrechtliche Anmerkung von Mike Weimann

"Wir wissen, dass die geringen Kinderzahlen nicht nur irgendwann in drei, vier Jahrzehnten zu Problemen in den Sozialversicherungssystemen führen werden, sondern schon heute ganz aktuell weniger Wachstum und weniger Wohlstand für uns alle bedeuten." beschreibt Bundesfamilienministerin Renate Schmidt einen Gemeinplatz.

Vier Milliarden für Ganztagschulen und 1,5 Mrd. für den "Betreuungsausbau für die Kleinsten" verspricht die Regierung, fordert "verbindliche Bildungsziele und Qualitätsmerkmale" und fordert "Konzepte zur Bewertung von Humankapital sowie zur Leistungsmessung in Schulen zügig weiter voranzutreiben".

Kindergeld, Erziehungsurlaub, Steuerfreibeträge, Anrechnung von Erziehungszeiten, Familiengeld - heißen weitere Schlagworte der Familienpolitik in Deutschland. Es geht ums Geld, das El-

nieren lauten die Anforderungen an die Staatslenker. Auch in das Schulsystem darf Geld nicht fehlinvestiert werden, soll es doch leistungsfähige Absolventen hervorbringen. Selbstverständlich kämpfen alle gegen Jugendarbeitslosigkeit. Schließlich klagt die Wirtschaft über die sinkende Qualifikation der Berufsanfänger und sogar über ihre Umgangsformen, sodass sogar "Benimm-Unterricht" als neues Schulfach einkalkuliert werden muss.

Zentraler Fehler all dieser Schlussfolgerungen: Kinder sind keine Biomasse. Das Nutzungsrecht an den Kindern steht niemandem zu. Kinder sind mehr als Objekte gesetzlicher Entscheidungen.

Kinder sind sogar viel mehr. Sie spielen nicht erst in der Zukunft als Arbeitskräfte und Schuldenabzahler eine Rolle. Kinder leben bereits jetzt, im Hier und Heute. Schlimm genug, dass sie seit langem

hungslogik und den deutschen Schulzwang zu hinterfragen, gibt es "mehr vom Selben".

Kinder müssen jedoch aus menschlichen Gründen mit allen Bedürfnissen ernst genommen werden. Es ist Zeit, in Übereinstimmung mit demokratischen Prinzipien endlich auch Kinder als gleichberechtigte soziale Subjekte anzuerkennen. Solange Kinder als Wohlstandsbeschaffer aufgefasst und konditioniert werden, kommen ihre originären Interessen zu kurz. Und Selbstvertrauen und damit Glück und Leistungsfähigkeit werden nachhaltig behindert, manchmal zerstört.

Sowohl für gleichberechtigten Umgang von Kindern und Erwachsenen in Familien als auch für demokratische Strukturen im Bildungswesen liegen erfolgreiche Konzepte und Erfahrungen vor. Lernen in Freiheit, Mitbestimmung in Familien,



tern und Älteren fehlt. Das weiß eigentlich jeder und die Zuständigen streiten nur noch darüber, wie es beschafft wird. Die Gesellschaft macht sich offenbar Sorgen um ihren Fortbestand. Konflikte sind absehbar, die irgendwie mit den Kindern zu tun haben. Ohne Kinder geht es nicht. Sie werden benötigt als Rentenzahler und Facharbeiter. Außerdem müssen sie die heute aufgenommenen Schulden abzahlen. Kinder sind offensichtlich wichtig, sie sind nicht nur nützlich sondern unverzichtbar. Deshalb muss Geld für sie ausgegeben werden.

Folgt man dieser Sichtweise und Argumentation, fällt auf, dass Kinder hauptsächlich als Kostenfaktor in Erscheinung treten, der das Management herausfordert. Steuergelder müssen gesetzlich geregelt verteilt werden: Kindererziehung und -betreuung organisieren, Beruf und Erziehungstätigkeit der Eltern koordinieren

Fremdbestimmung erdulden müssen: Aufessen, Zu-Bett-gehen, Stillsitzen, Hausaufgaben usw. Ihre angeborene Kreativität, ihr Optimismus, ihre Lebensfreude und Hilfsbereitschaft werden täglich strapaziert durch Kommandos, Strafen und Verbote, die einseitig von Erwachsenen kommen - in Schulen und Familien.

An diesen Missständen wird sich durch zusätzliche Geldspritzen in Elternhäuser, Kitas und Schulen nicht viel ändern. Die Meinungsunterschiede zwischen Kindern und Eltern, die legendäre Unzufriedenheit mit dem Schülerdasein werden durch "Betreuungsausbau für die Kleinsten" und die "verlässliche Ganztagschule" nicht berührt. Im Gegenteil: Kinder bekommen nach dem Motto "Viel hilft viel" nichts Neues angeboten. Statt die Struktur der Beziehung zwischen den Generationen, die konventionelle Erzie-

Schulen und Gesellschaft heißen die Ziele, sie müssen bekannt gemacht und breit diskutiert werden.

Wir wollen nicht missverstanden werden: Gerechte Familien-Finanzpolitik ist wichtig. Aber sie ist nicht per se eine Politik im Interesse der Kinder. Ohne gegenwärtige Gleichberechtigung zwischen Kindern und Erwachsenen ist die Generationengerechtigkeit nicht zu Ende gedacht. Dieses Thema gehört - neben allen Finanzkalkulationen - auf die Agenda!

www.kraetzae.de

Mike Weimann ist Mitbegründer der Berliner Kinderrechtsgruppe KinderRÄbT'sZ.Änker - K.R.Ä.T.Z.Ä. in Berlin (www.kraetzae.de)



Plädoyer für eine moderne Familienpolitik in Deutschland

von Matthias Berninger, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Gegenwärtig und nicht zuletzt infolge der Auseinandersetzungen über die Agenda 2010 erlebt der Begriff der Gerechtigkeit eine Phase der Hochkonjunktur. Leistungs-, Verteilungs- und Bedarfsgerechtigkeit - die Liste ließe sich beliebig verlängern - bestimmen die öffentlichen und politischen Debatten. Mal mehr und mal weniger stark im Fokus der Öffentlichkeit, doch seit einigen Jahren nicht mehr aus den Diskussionen wegzudenken, ist auch der Begriff der Generationengerechtigkeit. Unter diesem Schlagwort werden insbesondere in letzter Zeit die zunehmende Infantilisierung der Armut und das demographische Problem einer sich verstärkenden Alterung der Bevölkerung und der parallel zu beobachtende Geburtenrückgang problematisiert.

Demographischer Wandel und Sozialisierung

Gerade für junge Familien wird der Kinderwunsch zunehmend zum Armutsrisiko. So verwundert es nicht, dass sich immer mehr junge Paare gerade in Deutschland gegen den Nachwuchs entscheiden oder diesen Wunsch aufschieben, um zunächst im Berufsleben Fuß zu fassen und somit eine wirtschaftliche Grundlage aufbauen zu können.

So ist Deutschland im europäischen Vergleich zusammen mit Griechenland mit seiner Geburtenrate von 1,4 Schlusslicht. Selbst die USA, die gegenwärtig die niedrigste Geburtenrate seit Einführung dieser Statistik verzeichnen, liegt mit 1,7 noch vor Deutschland. Das Erstgeburtsalter von Frauen liegt zwischen 28 und 29 Jahren. Und insbesondere bei den Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen steigt die Zahl derjenigen, die kinderlos bleiben. Diese Beobachtungen sind allerdings weniger Indizien dafür, dass es eine zunehmende Anzahl egoistischer Singles oder DINKS (double income - no kids) gibt, sondern vielmehr dafür, dass die Organisation von Berufsleben und Kinderbetreuung in Deutschland einer dringenden Reform bedarf.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wird sich im Jahr 2050 das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnern deutlich verschieben - jeder Dritte wird dann über 60 sein. Und schon jetzt stellt der demographische Wandel unsere bisherigen sozialen Sicherungssysteme in Frage. Steigende Sozialabgaben lassen den Ruf nach mehr Generationengerechtigkeit gerade in jüngster Zeit immer lauter werden, dem auch die gegenwärtigen

Reformvorschläge zur Rentenversicherung, die Diskussion um die Zukunft des Gesundheitssystems oder die Infragestellung der Pflegeversicherung folgen. Eine Absenkung des Rentenniveaus, durch das Heraufsetzen des Rentenalters und die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors sind notwendig, um für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen beizutragen. Auch die ältere Generation muss in die Pflicht genommen werden, damit die nachfolgenden Generationen nicht immer stärker belastet werden. Doch bleibt jede Reform der Sozialversicherungszweige, so notwendig sie auch sein mag, eine oberflächliche Operation, wenn nicht auch die Wurzel der Problematik in Angriff genommen wird.

Zuwanderung als Lösung?

Die rückläufigen Geburtenraten führen neben den genannten Effekten auch dazu, dass die Reproduktionsgrundlage der Bevölkerung unaufhörlich schrumpft. Absehbar wird sich das demographische Problem verschlimmern. Und auch die Zuwanderung ist kein Allheilmittel gegen die Überalterung der Gesellschaft. Wollte man das heutige Verhältnis von Jung und Alt lediglich stabil halten, müssten jährlich 3,2 Millionen Menschen mehr als bisher einwandern. Zuwanderung dieses Ausmaßes verursacht, belegen die Erfahrungen der Vergangenheit, hohe Integrationskosten. Nicht zuletzt deshalb steht die Wirtschaft dieser Lösung eher skeptisch gegenüber. Gesucht werden hoch qualifizierte ArbeitnehmerInnen, die unter den Einwanderern der ersten Generation eher selten zu finden sind. Doch scheint eine "natürliche" Verjüngung der Gesellschaft angesichts der abnehmenden Geburtenraten zunehmend unwahrscheinlich. Zuwanderung wird deshalb ein Bestandteil einer Politik sein, die sich zum Ziel setzt, das Ungleichgewicht zwischen den Generationen abzumildern, nicht aber das Patentrezept.

Reorganisation der Familienpolitik

Die aktuellen Trends zu späteren Geburten und weniger Kindern lassen sich



nicht über Nacht umkehren, und die Politik sollte gar nicht erst anstreben, in die Lebensentscheidungen junger Erwachsener stark hinein zu regieren. Allerdings zeigt der internationale Vergleich, dass ein Wandel der Familienpolitik, die den Fokus nicht mehr auf Ehe hat, sondern die Bedürfnisse der Erziehenden und der Kinder in den Vordergrund stellt, steigende Geburtenraten mit sich bringt. Zudem bedeutet die Reorganisation der Familienpolitik auch für den zweiten angesprochenen Problemkreis der Infantilisierung der Armut eine Lösung. Denn Kinderarmut ist immer auch Familienarmut. Die Unterbrechung bzw. Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegen der Kindererziehung einher gehend mit einer Dequalifizierung während der Erziehungsphase ist einer der entscheidenden Gründe für das niedrige Pro-Kopf-Einkommen für Familienhaushalte in der Erwerbsphase. Steigende Ausgaben wegen des Unterhalts der Kinder fallen hier zusammen mit einem sinkenden Familieneinkommen. Da es überwie-

(weiter auf Seite 14)

Neues im Web von der SRzG
Die englischsprachigen Seiten
der SRzG-Website wurden
überarbeitet. Schauen Sie doch
mal rein:
www.srzg.de

Die politische Feder

(Plädoyer ... Fortsetzung von Seite 13)

gend Frauen sind, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren, sind für Frauen zudem niedrige eigenständige Renten und drohende Unterversorgung im Alter die Konsequenz. Insofern muss das Generationenverhältnis immer auch als Geschlechterverhältnis interpretiert werden. Armut ist in Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten zwar jünger geworden, zugleich jedoch weiblich geblieben.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, das demographische Problem konsequent an der Wurzel packen zu können, ist der Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur, um Müttern überhaupt die Wahlmöglichkeit, wie sie ihr Arbeitsangebot gestalten wollen, zu geben.

Hoffe nicht ohne Zweifel und zweifle nicht ohne Hoffnung.

Seneca

Dass sich Berufsleben und Kinder nicht gegenseitig ausschließen müssen, zeigen die Beispiele skandinavischer Länder. Schweden, Finnland und Dänemark zeichnen sich - bei aller Unterschiedlichkeit - durch eine hohe Frauenerwerbstätigkeit und gleichzeitig eine Geburtenrate aus, die über dem europäischen Durchschnitt liegt. Wesentliche Faktoren sind der in diesen Ländern gewährte finanzielle Ausgleich während der Mutterschafts- und Elternschaftszeiten und eine durchgehende Kindertagesbetreuung. Will die Gesellschaft nicht auf den Nachwuchs verzichten, erfordert das angesichts sich verändernder weiblicher Lebensziele, gesellschaftlicher Leitbilder und Realitäten eine Politik, die beides für Frauen aber auch Männer attraktiv macht. Neben dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Ausbau der Ansprüche auf Flexibilisierung der Arbeitszeit müssen finanzielle Kompensationsleistungen in der Familienphase im Mittelpunkt zukünftiger Reformmaßnahmen stehen. Wenn an die Stelle des Erziehungsgeldes eine Transferleistung tritt, die vom Erwerbseinkommen vor der Zeit der Kinderbetreuung abhängt, kann eine höhere Geburtenrate und parallel dazu eine stärkere Beteiligung der Frauen an der Erwerbsarbeit und zugleich eine stärkere Beteiligung der Männer an der Kindererziehung erreicht werden. Die skandinavischen Länder belegen dies. Gerade für die wichtige Phase der Familiengründung sollten auch Väter die Möglichkeiten haben sich aktiv an der

Die politische Feder

Kindererziehung zu beteiligen. Eine stärkere Bereitschaft der Männer, beruflich zugunsten der unmittelbaren Kinderbetreuung zurück zu stecken, ist nur sehr eingeschränkt beobachtbar. Hier sind noch erheblich kulturelle Veränderungen notwendig. Kommt dann noch die oftmals prekären finanziellen Situation junger Familien dazu, wird ein solches Umdenken fast unmöglich. Dem kann ein angemessener finanzieller Ausgleich entgegen wirken.

Kinderversicherung

Ziel muß es sein, auch in Deutschland zur Absicherung der Kindererziehungsphase neben dem Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten auch eine Kinderversicherung zu etablieren. Grüne Politik plädiert seit langem dafür das Arbeitsverständnis nicht lediglich auf reine Erwerbsarbeit zu reduzieren. Wir wollen, dass ehrenamtliche Tätigkeiten und gesellschaftliches Engagement von der Gesellschaft ebenso als Arbeitsform anerkannt werden wie die Erwerbsarbeit. Ein wesentlichen Teil gesellschaftlichen Engagements stellt in diesem Kontext die Kindererziehung dar. Eine adäquate Anerkennung dieses Engagements würde durch eine Kinderversicherung maßgeblich unterstützt, damit Kindererziehung in unserem Land nicht lediglich reine Privatsache ist.

Der Vorschlag für eine Kinderversicherung sieht vor, dass die Personen, die wegen der Geburt eines Kindes ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen, für bis zu neun Monaten Leistungen beziehen können. Diese Leistung beträgt in Anlehnung an das Arbeitslosengeld 67% des letzten Nettolohnes. Um die Lohnne-

Die politische Feder

benkosten nicht noch weiter zu belasten, könnte eine Steuerfinanzierung die Kosten von ca. drei Mrd. Euro tragen. Zusätzliche Bürokratie wird jedoch vermieden, wenn für die Verwaltung bestehende Strukturen der Arbeitslosenversicherung genutzt werden. Auf diese Weise schaffen wir gerade für junge, beruflich erfolgreiche Frauen und Männer gleichermaßen einen entscheidenden und positiven Anreiz, sich neben dem beruflichen Fortkommen für Kinder zu entscheiden. Denn Kinder dürfen in unserer Gesellschaft nicht länger ein Einkommensrisiko sein. Die Kinderversicherung ist im Kern vorbeugende Politik für mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Sie wirkt der Kinderarmut entgegen, erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird, wie sich in Skandinavien gezeigt hat, im Verbund mit einer vernünftigen Kinderbetreuung, für mehr Kinder in der Gesellschaft sorgen.

Matthias Berninger ist Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft



Sollten Sie bisher jährlich ein Probeexemplar der GG! unaufgefordert erhalten haben und dieses Angebot der SRzG nicht wünschen, so genügt eine kurze E-Mail.

Ihre Spende für unsere Projekte

Die SRzG ist eine gemeinnützige Stiftung mit vielen enthusiastischen Helfern und Fördermitgliedern, stets neuen Projekten, jedoch auch sehr geringen finanziellen Mitteln. Nachdem das Weiterbestehen der SRzG im letzten Jahr gesichert werden konnte, bitten wir Sie, uns auch weiterhin zu helfen, damit wir uns für eine bessere Zukunft stark machen können.

Ihre Kinder und Enkel werden es Ihnen danken.

Zur Zeit arbeitet die SRzG an folgenden Großprojekten:

- Zeitschrift "Generationengerechtigkeit!" (Kosten pro Ausgabe: ca. 10.000 €)
- Kampagne zur institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit (Kosten: ca. 80.000 €)
- Symposium "Unternehmen und Generationengerechtigkeit" in Arnoldshain (Kosten: 40.000 €)
- Generationengerechtigkeits-Preis 2003/2004 (Kosten: 15.000 €)

Jede Spende hilft und "zu kleine" Spenden gibt es nicht. Wenn Sie gezielt eines unserer Projekte unterstützen wollen, geben Sie im Verwendungszweck den Projektnamen an, ansonsten überweisen Sie Ihre Spende einfach mit dem Verwendungszweck "Spende" auf: SRzG, GLS Bank eG. Kontonummer 8039555800 BLZ 430 609 67 IBAN DE64430609678039555800. Sie erhalten eine steuerlich absetzbare Spendenbescheinigung.

Standpunkte Standpunkte Standpunkte Standpunkte

Ist die derzeitige Familienpolitik ein Unrecht an kommenden Generationen?

Dr. Ursula von der Leyen,
Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit



+ Zustimmung

Ist es gerecht, dass die Leistungen für Familien seit Jahrzehnten deutlich hinter der Entwicklung von Gehältern, Löhnen und Renten zurückgeblieben sind, so dass Kinderreichtum heute als ein Armutsrisiko gilt? Es gibt in unserem Land eine strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Familien, zum Beispiel im Steuer- und Abgabenrecht. Eltern werden überproportional besteuert. Ihre Unterhaltskosten werden zu gering veranschlagt, weshalb sie seit Jahren Steuern für ein Einkommen entrichten, über das sie in Wirklichkeit nicht verfügen. Auch unser Rentensystem bestraft Kinderreichtum. Es ignoriert, dass die Erziehung von Kindern Lebensarbeitszeit kostet, dass Elternzeiten und Teilzeitarbeit systematisch Rentenansprüche mindern, obwohl gerade in dieser kostbaren Phase die Grundlage für den Fortbestand der Sozialsysteme gelegt wird.

Die Ergebnisse der Kindererziehung werden bei uns vergesellschaftet, indem die Kinder zu Steuer- und zumeist auch zu Sozialabgabenzahlern werden. Die Kosten für die Erziehung müssen aber privat getragen werden. Früher erwuchs aus der Kinderlosigkeit eine Bedrohung für die eigene Existenz. Heute entsteht daraus ein deutlicher materieller Vorteil, den immer mehr Menschen für sich reklamieren.

Wir müssen zu einer Änderung kommen, wenn wir wollen, dass sich wieder mehr Paare für Kinder entscheiden. Nur so lassen sich Ungerechtigkeiten gegenüber den nachfolgenden Generationen abbauen.

Hoffnung ist wie Zucker im Tee, auch wenn sie klein ist, sie versüßt alles.

(aus China)

Dr. Christoph Böhr,
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz

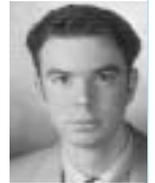


+ Zustimmung

Familien werden nicht nur unzureichend entlastet, unterstützt und in ihrer Leistung gewürdigt, sondern haben auch noch ökologisch verbräute Strafsteuern hinzunehmen. Sie werden steuerlich, sozialversicherungsrechtlich, gesellschaftsstrukturell und -kulturell nicht angemessen behandelt und immer mehr an den Rand einer Gesellschaft gedrückt, die in Gefühl, Denken und Handeln in der Gegenwart verhaftet ist und Herkunft wie Zukunft nur zu gerne verdrängt. Eine Politik, die hier nicht wirksam gegensteuert, tut denjenigen Unrecht, die Tradition, Bestand und Perspektive der Gesellschaft verkörpern und sichern.

Wer von Erträgen profitieren will, muss bereit sein, in Voraussetzungen dafür zu investieren. Das Soziale braucht, um generationengerecht zu sein, eine neue Dimension. Wir brauchen eine neue Familienkultur. Wir müssen neu denken, von der Familie her und für die Zukunft der Familien. Das ist die vernünftigste, sozialste und gerechteste Politik, die es gibt.

Dipl.-Politologe, Dipl.-Kfm. Jörg Tremmel



+ - unentschieden

Wenn Familienpolitik Kinder konkret benachteiligt und in eine Armutsfalle treibt, dann ist sie ein Unrecht an kommenden Generationen. Wenn es aber den Kindern so gut geht wie früheren Kindern oder Kindern in anderen Ländern, dann ist sie es nicht. Dass der Lebensstandard von Erziehenden im Vergleich zu Kinderlosen angehoben werden sollte, lässt sich mit vielen Argumenten begründen - das der "Generationengerechtigkeit" gehört nicht dazu. Problematisch ist auch, wenn man mit dem Argument der Generationengerechtigkeit eine Anhebung der Geburtenrate rechtfertigen will (was Familienpolitik im Gegensatz zu Bevölkerungspolitik nicht beabsichtigt). Die Zusammenhänge zwischen beiden Themen sind komplex und werden selten ausführlich durchdacht. So ist nach dem Durchschnittsnutzenkonzept eher eine kleine zukünftige Generation anzustreben, weil der Lebensstandard jedes Individuums dann höher liegt. Nach dem Nutzensummenkonzept, welches freilich dann nicht mehr das Individuum zum Maßstab nimmt, ist dagegen eine möglichst große zukünftige Generation wünschenswert.

GG! in Bibliotheken

Damit wir den Umfang der Generationengerechtigkeit! beibehalten können, brauchen wir ihre Mithilfe. Für die nächste Ausgabe der Zeitschrift müssen 5.000 Euro aufgebracht werden, das heißt 200 neue Abonnenten gewonnen werden.

Unsere Bitte deshalb: Liegen Ihnen unsere Arbeit und Anliegen ebenfalls am Herzen, können Sie uns aktiv unterstützen, indem Sie in Ihrer Stadt- oder Unibibliothek ein Abo der GG! vorschlagen. Die Bibliotheksverwaltungen richten sich häufig bei ihren Anschaffungen von Büchern und Zeitschriften nach den Wünschen ihrer Benutzer! Sprechen Sie mit einem Mitarbeiter Ihrer Bibliothek! Die Zeitschrift, deren Aufmachung und Qualität von vielen renommierten Wissenschaftlern gelobt wird, spricht mit ihren Themen zum aktuellen Zeitgeschehen sowohl Fachleute als auch Laien an.

Noch ein Extra-Dankeschön ist Ihnen von Seiten der SRzG gewiss, wenn Sie in einem Aufwasch auch gleich die Anschaffung des „Handbuchs Generationengerechtigkeit“ verlangen.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen?

von Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach SJ.

Die Diskussion um fehlende gesellschaftliche Generationengerechtigkeit nimmt an Schärfe zu. Mit Blick auf die demographische Entwicklung und Staatsverschuldung fragt sich allerdings, ob es sich nicht eher um eine intragenerationelle Konfliktlage handelt.

Die Gerechtigkeitsdiskussion bezieht sich zunehmend auf die politische Regelung der Rechte und Pflichten, die Generationen einander beanspruchen und schulden. Allerdings ist die öffentliche Debatte von Kampfformeln bestimmt, die den "Kriegszustand zwischen den Generationen", die "Zechprellerei zu Lasten unserer Kinder" und die "schleichende Enteignung der nachwachsenden Generation" beklagen. Ich will im folgenden in drei Schritten überprüfen, ob die Hypothese, dass die Gerechtigkeit zwischen den Generationen verletzt werde, plausibel ist.

1. Demographische Entwicklung

Die deutsche Bevölkerung wird älter und schrumpft. Wegen der steigenden Lebenserwartung und der auf niedrigem Niveau stagnierenden Geburtenrate verändert sich der Altersaufbau dramatisch. Die höhere Lebenserwartung der Menschen und die abnehmende Zahl der Beitragszahlenden legen nahe, die Lebensarbeitszeit zu verlängern und den Anteil der privaten Vorsorge an der Alterssicherung zu erhöhen. Solche Appelle von Rentenexperten widersprechen allerdings der Praxis von 60% der deutschen Unternehmen, die keine Mitarbeiter mehr beschäftigen, die älter als 50 Jahre alt sind. Sie ist auch unvereinbar mit der geringen Sparfähigkeit von Haushalten im unteren Einkommensbereich.

Um ein Kind zu erziehen,
braucht es ein ganzes Dorf.

(afrikanisches Sprichwort)

Gegen die Behauptung, das Ausblenden der demographischen Veränderungen verletze die Gerechtigkeit zwischen den Generationen, wird eingewendet, dass die biologische Zusammensetzung der Bevölkerung nicht über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes entscheide. Die Verdopplung der Lebenserwartung in den letzten hundert Jahren sei durch den Produktivitätsfortschritt neutralisiert worden. Bedeutsam seien also nicht das Verhältnis der Rentner und



Rentnerinnen zur erwerbsfähigen oder erwerbstätigen Bevölkerung oder zur Zahl der möglichen Arbeitsstunden, sondern erstens die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden, zweitens die wirtschaftliche Leistung, die in dieser Zeit erbracht wird und drittens deren Entwicklung in der Zeit, die Wachstums- und Produktivitätsrate. Immerhin mussten vor 150 Jahren neun Bauern einen Nichtbauern miternähren, heutzutage kann ein Bauer 82 Nichtbauern mitversorgen. Die Verengung der Rentendebatte auf die demographische Entwicklung ist ein naturalistischer Fehlschluss. Durch die Beseitigung der verfestigten Massenarbeitslosigkeit könnten wirtschaftliche und gesellschaftliche Werte geschaffen werden, die auf die erwerbstätige, die nicht erwerbstätige und die noch nicht erwerbstätige Generation verteilbar sind. Gleichzeitig würden die ungleichen Lebenschancen zwischen Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Männern und Frauen, West- und Ostdeutschen derselben Generation entschärft. So verwandele sich die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen in die Frage der Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation.

2. Staatsverschuldung

Mit der hohen Staatsverschuldung, so heißt es, hinterlasse die gegenwärtige Generation den zukünftigen Generationen eine Hypothek, die diese zu "Verlierern" macht. Ein fürsorglicher Hausvater wälze die eigenen Schulden nicht auf die Schultern seiner Kinder ab. Der Vergleich mit einem privaten Haushalt ist irreführend. Denn die Staatsverschuldung berührt nicht unmittelbar das Verhältnis zwischen den Generationen.

Den Schulden des Staates stehen die Vermögen der privaten Haushalte gegenüber. Das Geldvermögen der privaten Haushalte finanziert die Verschuldung der öffentlichen Haushalte. Wenn die gegenwärtige Generation ihre Schulden an die zukünftige Generation weiter gibt, gilt das Gleiche für die Vermögen, die vererbt werden. Die infolge der Staatsverschuldung verursachte vermeintliche Benachteiligung zukünftiger Generationen spiegelt sich in der wachsenden Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung innerhalb derselben Generation.

Liegt es an der ausschließlich monetären, kreislauftheoretischen Perspektive, dass die aktuelle Staatsverschuldung nicht unmittelbar als Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen gesehen wird? In einer realen, wachstumstheoretischen Perspektive ist dagegen das Konkurrenzverhältnis zwischen staatlicher und privater Kreditnachfrage auf den Kapitalmärkten berücksichtigt. Da die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte zinsrobust ist, verdrängt der Staat private Unternehmen. Die staatlichen Kredite dienen dazu, Löhne und Gehälter der Bediensteten zu bezahlen. Während diese konsumtiv verwendet werden, werden mit den Krediten der Unternehmen Investitionen finanziert, die nicht nur einkommenswirksam sind, sondern auch das Produktionspotential erhöhen, das höhere Wachstumsraten erwarten lässt.

Klingt die Verdrängungs-Hypothese in der derzeitigen Wachstumsschwäche bei extrem niedrigen Zinsen plausibel? Die politisch mitverursachte, wachsende Un-

(weiter auf Seite 17)

(Gerechtigkeit ... Fortsetzung von Seite 16)

gleichverteilung der Einkommen und Vermögen hat zahlreiche private Haushalte in die Lage versetzt, Ersparnisse zu bilden und eine Gläubigerposition aufzubauen. Sie können die Kreditnachfrage der Unternehmen und öffentlichen Haushalte bedienen und ein Zinseinkommen beziehen, das von Dritten aufgebracht werden muss.

Der Auftrieb der Börsen in den 90er Jahren hat den Unternehmen durch Fusionen und feindliche Übernahmen nicht nur liquide Mittel zufließen lassen, um reale Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren, sondern solche auch auf den Finanzmärkten anzulegen, statt reale Investitionen damit zu finanzieren. Die Kapitalrenditen, die auf den Finanzmärkten geboten wurden, waren in den vergangenen Jahren meist höher als die aus realen Investitionen erzielbaren Profite. Auf den Finanzmärkten sind neben den Großbanken, Versicherungskonzernen und Investmentfonds auch einige Großkonzerne aufgetreten, die Schuldner gesucht haben. Die öffentlichen Haushalte haben dann die von den nicht verschuldungsbereiten Unternehmen und privaten Haushalten offen gehaltene Lücke geschlossen.

Wie sehr die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen mit der Frage

der Gerechtigkeit innerhalb derselben Generation verschränkt ist, lässt sich an den Folgen der Schieflage privaten Reichtums und öffentlicher Armut veranschaulichen. Der Staat wird genötigt, reale Investitionen zu unterlassen, die dem Aufbau und Erhalt des Arbeitsvermögens in Schulen und Krankenhäusern, oder dem ökologischen Umbau der Wirtschaft oder der Sanierung kinderfreundlicher Städte dienen könnten. Öffentliche Investitionen könnten einen Sog auf private Investitionen ausüben, so dass die Arbeitslosigkeit sinkt und Massenkauflkraft entsteht. Sie könnten die Lebensqualität der gegenwärtigen Generation und die Lebenschancen der zukünftigen Generation verbessern.

3. Generationen-Bilanzierung

Einen untrüglichen Beleg der Ungerechtigkeit zwischen den Generationen liefert die so genannte Generationen-Bilanzierung. Sie deckt auf, wie sehr die öffentlichen Haushalte die tatsächliche ungleiche finanzielle Belastung der verschiedenen Generationen verschleiern. Budgetdefizit und Schuldenstand des Staates enthalten nämlich nicht die zukünftigen Zahlungsverpflichtungen der Sozialversicherungen. Sie signalisieren nicht die Schieflage der finanziellen Belastungen zwischen der jetzt lebenden und den zu-

künftigen Generationen.

Die Methode der Generationen-Buchhaltung ordnet die Abgaben (Steuern und Beiträge) an den Staat sowie die Transferleistungen des Staates einzelnen Altersjahrgängen zu. Für jeden noch lebenden Geburtsjahrgang und unter der Annahme eines unveränderten Finanzsystems werden die für die restliche Lebenszeit noch zu erwartenden Zahlungsströme, die an den öffentlichen Sektor gehen und von ihm ausgehen, auf einen gemeinsamen Gegenwartswert bezogen und auf ein Generationenkonto verbucht. Der Saldo der Zahlungen ist die fiskalische Nettobelastung eines Kontoinhabers in dessen restlicher Lebenszeit, bezogen auf das zukünftige, mit der Produktivitätsrate fortgeschriebene Bruttoeinkommen. Ein Vergleich der "Lebenssteuersätze" der älteren und der jüngeren Altersjahrgänge zeigt, dass die älteren die Gewinner, die jüngeren die Verlierer sind.

Nun ist eine solche Feststellung trivial und aussagearm. Sinnvoll ist erst ein Vergleich von Altersgruppen, die das ganze Leben noch vor sich haben. Folglich wird die im gewählten Basisjahr geborene Altersgruppe mit der im darauf folgenden Jahr geborenen Altersgruppe als Repräsentanten aller noch nicht geborenen zu-

(weiter auf Seite 18)

Arbeiten Sie mit in den SRzG/YOIS - Arbeitskreisen!

Wenn Sie inhaltlich arbeiten möchten, bieten sich die SRzG/YOIS-Arbeitskreise an:

Grundlagen der Generationengerechtigkeit ⇔ Ökologie ⇔ Rentenversicherung ⇔ Staatsfinanzen ⇔ Arbeitsgesellschaft ⇔ Bildung ⇔ Kinderrechte ⇔ Bevölkerungsentwicklung ⇔ Globalisierung/Global Governance ⇔ Energie ⇔ Biotechnologie/Medizin/Gesundheit ⇔ Methoden der Zukunftsforschung ⇔ Stadt- und Raumplanung

Wir suchen für zahlreiche AKs noch Leiter, zumal jeder AK von zwei Personen geleitet werden soll. Die Aufgaben von AK-Leitern und die Anforderungen an Positionspapiere, die dort veröffentlicht werden, finden sich auf unserer Internetseite (www.srzg.de/Arbeitskreise).

Bei Interesse sprechen Sie uns bitte an:

SRzG, Postfach 5115, 61422 Oberursel, Tel. 06171-982367, Fax: 06171-952566, info@srzg.de

Warum es Spaß macht, sich in AKs zu engagieren:

1. Anfragen an die Vorstände für thematische Vorträge werden immer zunächst den jeweiligen AK-Leitern zugeleitet.
2. AK-Leiter werden häufig als Referenten zu Tagungen über ihr Thema eingeladen.
3. AK-Leiter bekommen uneingeschränktes Rede- und Antragsrecht auf den SRzG-Vorstandstreffen.
4. Positionspapiere (und Entwürfe dafür) werden versehen mit der urheberrechtlich wichtigen Formulierung: "erarbeitet unter der Leitung von AK-Leiter XY".
5. Alle engagierten AK-Leiter erhalten ein symbolisches Dankeschön von 100 Euro im Jahr.
6. Kuratoren und Beiräte der SRzG übernehmen Patenschaften für einzelne AKs.

Wie können Sie in Arbeitskreisen mitarbeiten?

Die Arbeitskreise finden weitestgehend im Internet statt. Dabei werden Mailinglisten und Diskussionsforum komplementär genutzt. Der Meinungsbildungsprozess vollzieht sich größtenteils in den Yahooogroups; alle wichtigen Ergebnisse werden ins Forum übertragen, damit die Arbeit des AK für Außenstehende erkennbar wird.

Wir bitten alle Fördermitglieder der SRzG und Mitglieder von YOIS, sich im Diskussionsforum zu registrieren: <http://www.srzg.de/ubb/forum24/html/000003.html>. Auch sollten Sie an den Yahooogroups teilnehmen, für deren Themen Sie sich interessieren. Dazu senden Sie einfach eine leere Mail an die entsprechende E-mail Adresse(n).

(Gerechtigkeit ... Fortsetzung von Seite 17)

künftigen Altersgruppen verglichen. Ihnen wird eine Lebenserwartung von 100 Jahren unterstellt; sie werden in einem Zeitraum von 250 Jahren beobachtet.

Unter der Voraussetzung, dass die öffentlichen Haushalte auf lange Sicht ausgeglichen werden, übersteigt die finanzielle Belastung der zukünftigen Altersjahrgänge die des im Basisjahr geborenen um 140%; deren Lebenszeitsteuersatz beträgt 68%, während der im Basisjahr geborenen Altersjahrgang mit 28% belastet ist.

Dass die Generationen-Buchhaltung eine Ungerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen aufdeckt, ist nicht bewiesen. Zu offensichtlich zeigt sich der blinde Fleck einer mikroökonomisch isolierten neoklassischen Analyse, ohne dass makroökonomische Rückkopplungen beachtet wurden. Ein Basisjahr wurde ausgewählt, das nicht repräsentativ ist, weil es in einer sozio-ökonomischen Krise liegt. Die in diesem Jahr verfolgte Finanzpolitik wurde unverändert fortgeschrieben. Äußerst fragwürdig ist die Zuweisung von staatlichen Leistungen auf einzelne Geburtsjahrgänge. Während die Abgaben vollständig erfasst und restlos individuell zugeordnet werden können, sind die staatlichen Leistungen und insbesondere die allgemeinen staatlichen Dienstleistungen systematisch untererfasst geblieben, weil sie nicht individuell

zurechenbar sind. Die "ceteris paribus"-Bedingung bringt es mit sich, dass erkennbare Trends, etwa die Erwerbsneigung der Frauen oder die Wachstums- und Diskontierungsrate oder der Zinssatz festgeschrieben werden. Dabei führen minimale Veränderungen solcher Variablen zu extremen Veränderungen der Resultate. Eine normative Vorentscheidung liegt darin, dass unterstellt wird, eine gleiche prozentuale Abgabenbelastung - und zwar unabhängig vom Einkommensniveau - sei bereits eine gerechte Belastung. Schlussfolgerungen für politische Entscheidungen, etwa zugunsten höherer Steuern, höherer Kreditaufnahme oder mehr Realinvestitionen können aus der Generationen-Buchhaltung offensichtlich nicht gezogen werden. Als Beleg für eine systematische Verletzung der Gerechtigkeit zwischen den Generationen taugt sie nicht.

Es bleiben gute Gründe, als primäre Adressaten von Gerechtigkeitsforderungen in einer Erwerbsgesellschaft nicht Generationen, sondern Gruppen von Erwerbstätigen, noch nicht Erwerbstätigen und nicht mehr Erwerbstätigen zu identifizieren.

Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach lehrt an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt



Wichtige Websites zum Thema Familienpolitik:

www.vereinbarkeit.de
Infothek des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lösungsstrategien für Mitarbeiter und Unternehmen zu Vereinbarkeit von Familie und Beruf

www.beruf-und-familie.de
Reichhaltiges Angebot des Audits Beruf und Familie an Datenbanken zur Vereinbarkeit besonders familienorientierte Maßnahmen für Betriebe, Statistiken, Aktuelle Termine und Veranstaltungen rund ums Thema.

www.familienhandbuch.de
Online-Familienhandbuch zum Nachschlagen von A wie Angebote/Hilfen bis Z wie Zeitmanagement, bietet aktuelle Beiträge wie auch Forschungsberichte. Per Newsletter kann man sich auf dem Laufenden halten.

www.heidelberger-familienbuero.de
Das Heidelberger Familienbüro nimmt Stellung zu aktuellen familienpolitischen Fragen, News zum Erziehungsgehalt, Veranstaltungshinweise und gibt gute Medien- und Buchtipps.

www.familie-und-gesellschaft.org
Der Koordinationskreis Familien- und Gesellschaftspolitik macht sich den Schutz der Institution Familie zur Aufgabe; parteiübergreifende Bildungsarbeit, Kolloquien, Symposien, Kongresse und Vorträge gehören zum Programm.

www.vamv-bundesverband.de
Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter informiert hier über aktuelle, besonders allein Erziehende betreffende, alphabetisch geordnete familienpolitische Themen. Unter "Infos" können z.B. Musterbriefe betr, die Abschaffung der Steuerklasse 2 heruntergeladen werden. Viel Information für eine immer größer werdende Bevölkerungsgruppe.

Wichtige familienpolitische Ereignisse der letzten 24 Monate

1. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom April 2001, das eine Berücksichtigung von Kindererziehung beim Beitrag zur Pflegeversicherung gefordert hat.
2. Bestellung von Renate Schmidt (SPD) zur Familienministerin im Oktober 2002.
3. Die Reform des Erziehungsurlaubsgesetzes. Aus dem "Erziehungsurlaub" wurde die "Elternzeit". Bei einer verkürzten Inanspruchnahme des Erziehungsgeldes (12 statt 24 Monate) erhalten die Eltern nicht den doppelten Betrag, sondern nur 50% Aufschlag.
4. Die Nachricht der Shellstudie 2002, wonach 75% der weiblichen und 65% der männlichen Jugendlichen meinen, dass man eine Familie zum Glückseligkeit braucht, und über 2/3 Jugendlichen später eigene Kinder wollen.
5. Die Meldung des statistischen Bundesamtes vom 06. Juni 2003, wonach bis Mitte dieses Jahrhunderts in Deutschland bei zurückgehender Bevölkerungszahl aufgrund der niedrigen Geburtenrate der Altenquotient rapide steigen und jeder Dritte Deutsche 60 Jahre oder älter sein wird.

Ohne Frauen geht es nicht. Das hat sogar Gott einsehen müssen.

*Eleonora Duse
(italienische Schauspielerin)*

Liebe Förder- Mitglieder der SRzG,

neben der Zeitschrift informiert die SRzG zweimonatlich durch einen digitalen Newsletter über ihre Aktivitäten. Leider kommen immer wieder e-mails als >>nicht zustellbar<< zurück. Bitte teilen Sie uns unverzüglich Änderungen ihrer E-Mail mit. Wenn Sie länger als 60 Tage von uns keinen E-Newsletter erhalten haben, dann ist ihre richtige E-Mail aus irgendeinem Grund nicht bei uns im Verteiler. Schreiben Sie uns in diesem Fall bitte kurz an info@srzg.de.

Vielen Dank!

Bücher

Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos. 19
von Barbara Vinken

Managerinnen des Alltags - Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland 20
von Isolde Ludwig; Vanessa Schlevogt; Ute Klammer; Ute Gerbard

Barbara Vinken:

Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos.

Rezensentin: Sandra Moritz

Wieder ist es die Vereinbarkeitsdebatte die hier untersucht wird, diesmal aber speziell in ihrer historischen, deutschen Dimension. Die Autorin Barbara Vinken stellt hierbei



den Einfluss von Reformation und Hitlerregime auf das deutsche Mutterbild in den Mittelpunkt. Ihr geht es darum, anhand von historischen Analysen den Sonderweg der deutschen Mutter zu verfolgen und somit die Entwicklung des bundesdeutschen Dilemmas der Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ein Stück weit zu erfassen.

Dabei sieht sie die deutschen Frauen nicht allein als Opfer mangelhafter Vereinbarkeitsstrukturen, sondern beschreibt das Problem als zum Teil hausgemacht. Viele Mütter, so Vinken, sonnten sich narzisstisch in der ihnen vom Kind dargebrachten Liebe und nahmen deshalb institutionelle Kinderbetreuung nur als Notlösung in Anspruch. Ein ziemlich gewagter, aber lohnenswerter Vorstoß, gibt er doch Anlass über den Sinn und Unsinn einer mütterlichen rund-um-die-Uhr Betreuung nachzudenken und vielleicht auch über die Frage, wie befriedigend sich wohl bundesdeutsche Beziehungen gestalten mögen, dass die Frauen nicht von ihren Kindern lassen können. Vinken legt den Gedanken nahe, dass Deutschland zwar in Sachen Vereinbarkeit Schlusslicht ist, die deutschen Frauen aber mit ihrer fehlenden Nachfrage bezüglich Ganztagsbetreuung einiges zum bundesdeutschen Niedrigangebot in Sachen Vereinbarkeit beitragen. Dazu gehöre auch das weibliche

che Schubladendenken, welches Geschlechtsgenossinnen in vollzeitarbeitende Rabenmütter und teilzeit-, noch besser gar nicht arbeitende "gute" Mütter einteile. Eine weitere Absage erteilt Vinken dem von Verbänden und Politikern immer wieder gern gemachten Vorschlag, die Väter mehr bei der Organisation des Kinderlebens einzuspannen. Zu Recht, denn der Ruf nach mehr Väterbeteiligung ist Ausdruck einer Familienpolitik, die Familienarbeit im privaten Sektor belassen wolle. Leider ändert Vinken die Stoßrichtung ihrer Argumentation aber wieder, wenn sie das mangelnde Engagement deutscher Omas und Opas bei der Kinderbetreuung rügt. Anstatt zu akzeptieren, dass die ältere Generation eben selbst die Mühen der rein privaten Kinderaufzucht durchlebt hat und daher unmotiviert für eine Fortsetzung der Erfahrungen ist, klagt sie deren Mithilfe ein.

Die Muster des Muttermythos spürt die Autorin schon zu Luthers Zeiten auf, letzterer wies der Frau den Platz im familiären Raum zu und schloss sie damit vom kirchlichen und gesellschaftlichen Leben aus. Rousseau führte diesen Prozess fort, indem er Fürsorglichkeit an Mütterlichkeit koppelte, indem er das Stillen von Säuglingen zur alleinigen Aufgabe der leiblichen Mütter erklärte und sie damit unersetzlich machen wollte. Angelehnt an die französische Philosophin Elisabeth Badinter, einer erklärten Gegnerin der sogenannten "Mutterliebe", betont Vinken, dass es zuerst die bürgerliche Familie war, welche sich dem Projekt der kindgerechten Erziehung verschrieb. Die oberen und die unteren Schichten im Rousseauschen Frankreich lagerten die Kinderpflege und Aufzucht aus, eben weil sie jeweils genug oder wenig Geld hatten. Der Pädagoge Pestalozzi schließlich war der Ansicht, eine durch die Mutter zu leistende,

gelungene Elementarerziehung sei entscheidend für die Kindesentwicklung. Kinderaufzucht war für ihn gleichbedeutend mit Weltentsagung, die geistige Mutterschaft sei diejenige, in der die Frau mit vollem Herzen ihrer biologischen Berufung nachkomme, anstatt den Lokungen der Welt nachzugeben.

Ein weiterer Meilenstein hin zum Mythos der deutschen Mutter war nach Meinung Vinkens der Nationalsozialismus im Dritten Reich. Hitlers Politik habe durch die Entlassung von Frauen aus dem Staatsdienst weibliche Karrieren beendet, einen Mutterkult heraufbeschworen und durch den Arier- und Rassenwahn eine an Lust und Liebe orientierte Einstellung zum Kind verhindert.

Der Ausblick Barbara Vinkens auf die Zukunft der Vereinbarkeitsdebatte fällt pessimistisch aus: zu eingefahren seien die deutschen Frauen und Männer in punkto Familie und Beruf, eindeutig bioethisch begründet die derzeitige feministische Politik und zu uneuropäisch das bundesdeutsche Erziehungssystem. Gefordert wird eine Reform des Mutterbildes jenseits von Dauerpräsenz und Selbstaufgabe, ermöglicht durch eine funktionierende institutionalisierte Kinderbetreuung. Vinken klagt einen Elternstatus ein, der Müttern ganz selbstverständlich ein Erwachsenenleben ermöglicht, wie es für "normale" Menschen gang und gäbe ist, die Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben. Für manch einen Leser mag Vinkens Untersuchung in Teilen zu historisch ausfallen, trotzdem ist sie eine insgesamt erfreulich tiefgehende, engagierte Analyse der deutschen Vereinbarkeitslandschaft, die auch vor Tabus nicht haltmacht.

Barbara Vinken: *Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos*, München 2001, ISBN 3-492-23705-3

Der Schlüssel zur Verwirklichung der vollen Gleichheit der Geschlechter in einem postindustriellen Wohlfahrtsstaat liegt (...) darin, die gegenwärtigen Lebensmuster von Frauen zum Standard und zur Norm für alle zu machen (...). Wir könnten eine solche Vision das Modell der "universellen Betreuungsarbeit" nennen. Wie würde so ein Wohlfahrtsstaat aussehen? (...) Alle Arbeitsplätze würden für Arbeitnehmer zur Verfügung stehen, die auch Betreuungsaufgaben haben. Alle wären mit einer kürzeren Wochenarbeitszeit verbunden (...). Die informelle Betreuungsarbeit würde einestheils staatlich unterstützt und wie die Erwerbsarbeit in ein einheitliches Sozialsystem integriert werden. Anderenteils würde sie in den Haushalten von Verwandten und Freunden geleistet werden.

Nancy Fraser, "Die halbierte Gerechtigkeit"

Buchrezensionen

Isolde Ludwig; Vanessa Schlevogt; Ute Klammer; Ute Gerhard:

"Managerinnen des Alltags - Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland"

Rezensent: Maik Hömke

Die vielfältigen Sorgen und Nöte, welche Frauen mit Kindern in unserer Gesellschaft haben sind wohl bekannt und auch oft benannt.

Doch trotz des Anscheins zunehmender Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft und starker emanzipatorischer Aufklärung haben die Probleme von Müttern immer noch keine aktiven Veränderungen der Stellung der Frau innerhalb der Familie hervorrufen können. Und ebenso wie in der Familie unterbleibt eine solche Bewusstwerdung auch in weiten Teilen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Auf dieses fehlende Problembewusstsein erneut aufmerksam zu machen ist das Ziel der Studie "Managerinnen des Alltags - Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland". Diese Studie, welche in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen des Institutes für Sozialforschung sowie der Universität Frankfurt und der Hans-Böckler-Stiftung entstanden ist, bezieht sich auf Mütter welche in einer Beziehung, in der beide Partner arbeiten, sowie in einer Großstadt (Leipzig oder Frankfurt) leben. Das Besondere der Studie besteht darin, dass ausführliche Interviews mit den an der Studie teilnehmenden Frauen geführt wurden, welche zum Teil sehr persönliche Einblicke in die jeweilige Lebenssituation ermöglichen.

Dem Untertitel der Studie folgend, erschließen die Autorinnen in einem ersten Teil des Buches die verschiedenen Strategien von Müttern, um ihre Erwerbsarbeit, den Haushalt und die Kindererziehung zu arrangieren. Dabei werden die verschiedenen Unterstützungsebenen untersucht, welcher sich die Frauen bedienen können. Gleichzeitig wird deren Wichtigkeit und Bedeutung herausgestellt. Dabei zeigt sich vor allem in der sozialstaatlichen Komponente, und hier vor allem bei Kinderbetreuungsangeboten, ein enormer Unterschied an entsprechenden Leistungen in Ost- und Westdeutschland. So steht nahezu jedem Kind in Leipzig ein Kinderkrippen bzw. -garten oder Hortplatz zur Verfügung, während in



Buchrezensionen

Frankfurt jahrelange Wartezeiten auf ein solches Betreuungsangebot bestehen.

Neben dieser sozialstaatlichen Komponente bedienen sich die Mütter aber auch verwandtschaftlicher Verhältnisse, um entsprechende Defizite der staatlichen Kinderbetreuung zu überbrücken. Diese Nutzung von sozialen Netzen findet sich vor allem in Frankfurt wieder. Dies ist auf die unzureichende Versorgung mit entsprechenden Betreuungsangeboten für Kinder zurückzuführen. Anderen Faktoren, wie zum Beispiel die flexible Erwerbsarbeitszeit der Mütter oder die Delegation von Hausarbeiten an bezahlte Angestellte bzw. Hilfskräfte, findet dagegen eher selten statt. Wohl aber gibt es große Unterschiede für die Begründung dieser Tatsachen in Ost und West.

Interessant ist die Herausarbeitung der Einbeziehung des Vaters in die häuslichen Arbeiten sowie in die Kindererziehung. Obwohl die meisten Männer glauben sehr auf Gleichberechtigung zu achten, ist die Beteiligung der Väter an der Haushaltsführung massiv unterrepräsentiert. Einzige Ausnahme bilden Familien in denen die Frau als Hauptverdienerin gilt und sich gleichzeitig eine hohe zeitliche Belastung durch den jeweiligen Beruf ergibt. Doch es ist zu befürchten, dass bei entsprechender Änderung dieser Situation die Verhältnisse recht schnell wieder in das immer noch allgegenwärtige patriarchale Verhältnis zurück geworfen werden.

Aus diesen verschiedenen Formen der Bewältigung des Alltags durch die Frauen und Mütter, sowie durch die intensiven Schilderungen ihres Lebens mittels der Interviews, erfolgt in einem zweiten Teil des Buches die genaue Betrachtung von Problemfeldern im Alltag selbstständiger Mütter. Dabei spielen das Zeitarrangement, die Motive für die Erwerbsarbeit der Frauen und die unterschiedlichen Betreuungsmethoden für die Kinder eine übergeordnete Rolle.

Es ist sehr spannend zu lesen, zu welchen verschiedenen Antworten die Frauen neigen. Gerade mit ihrer Erzählfreude und ihrer Auskunftsbereitschaft tragen sie viel zur besonderen Qualität der vorliegenden Studie bei. So erweist sich die Studie als ein sehr kurzweiliges Lesevergnügen, welches immer wieder Anregungen zum Nachdenken über das eigene Rollenverständnis gibt. Die Autorinnen verstehen es auch noch nicht bedachte Probleme zu benennen, als da wären die geringeren Renten der Frauen infolge von Erziehungszeit (früher: Mutterschaftsurlaub) und Teilzeitarbeit. Mit solchen Fakten

Buchrezensionen

überraschen sie nicht nur den Leser, sondern zum Teil auch die Frauen selbst, welche solche Komponenten der Unterdrückung oder Benachteiligung noch gar nicht beachtet haben.

Die Problemlösungen und die Anforderungen an die Politik bzw. Gesellschaft, die als Resümee der Forschungsarbeit dienen, sind aufgrund der bekannten Problematik nicht neu. So liest man vom Reformbedarf des Ehegattensplittings genauso wie über vorgeschlagene Verbesserungen im Bildungs- und Betreuungssystem. Da hier jedoch noch viel zu wenig geschieht ist es natürlich geradezu die Pflicht der Autorinnen diesen Reformbedarf erneut zu benennen, um vielleicht doch einen Ausweg aus der Verkrustung der familienpolitischen Verhältnisse in Deutschland zu finden.

Letztendlich stellt die vorliegende Arbeit von Isolde Ludwig, Vanessa Schlevogt, Ute Klammer und Ute Gerhard eine sehr gute, wissenschaftliche, aber deswegen keineswegs langweilige Aufarbeitung des Mütteralltags in Ost und West dar.

Aufgrund der starken Bezugnahme innerhalb der Untersuchungen auf die Interviewantworten der entsprechenden Frauen liest sich dieses Buch teilweise wie ein spannender Roman, welcher auch von Nichtwissenschaftlern sehr gut verstanden werden kann. Diese Art der Vermittlung könnte somit viel besser als eine reine Belehrung durch die Wissenschaft, die Bevölkerung für ein geschlechterspezifisches Problembewusstsein gewinnen. Der Fachfrau/dem Fachmann, die/der dies zu anspruchslos empfindet, sei der ausführliche Anhang mit den empirischen Daten der Untersuchungen empfohlen. So findet wohl jeder Leser seinen Bereich in diesem Buch.

Isolde Ludwig; Vanessa Schlevogt; Ute Klammer; Ute Gerhard: "Managerinnen des Alltags - Strategien erwerbstätiger Mütter in Ost- und Westdeutschland" (Ed. Sigma) Berlin, 2002. ISBN 3-89404-974-X



Interna SRzG

Fortsetzung: Kampagne für die institutionelle Verankerung von Generationengerechtigkeit gewinnt an Fahrt 21

Personalien 22

Stellenanzeigen 23

(Generationengerechtigkeit... Fortsetzung von Seite 1)

Haibach (CDU) haben sich bereit erklärt, einen überparteilichen Antrag mit dieser Zielsetzung auszuarbeiten. Ein erstes Treffen wird im November stattfinden. Dann versuchen die Abgeordneten überparteilich Kompromisslinien auszuzuloten.

Auch auf europäischer Ebene wird die Thematik verfolgt. Die SRzG leitete einen Arbeitskreis auf dem jährlichen Europäischen Jugendkongress von YOIS Europe (siehe BERICHTE). Die Teilnehmer forderten in einer Resolution, die allen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zugeht, die Verankerung der Rechte zukünftiger Generationen in den Rechtsordnungen aller Mitgliedstaaten. Das Europäische Parlament soll eine Commission for the Rights of Future Generations als innerparlamentarischen Ausschuss bilden, die bereits im Entstehungsprozess alle Gesetze auf ihre Belastungswirkungen für nachfolgende Generationen überprüft.

Hier eine Dokumentation der Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe:

SG 8: The Rights of Future Generations and the Reform of Democracy

Aims and Proposals

For the first time in history, the living generation has the capability to influence the biophysical conditions of life on earth. This capability, when used without regard to ethical considerations, can have long-lasting, detrimental effects on the quality of life for future generations. This new situation requires urgent attention, as the stakes grow continually higher and our potential for devastation increases.

Recent and current life styles and practices have for the first time placed in jeopardy the rights of Future Generations. Politicians direct their actions according to the needs and desires of the present citizens in order to serve their electorate. Thus, the interests of future gene-

rations are all too often neglected. The fault does not lie with the politicians. The problem is rather a structural one since succeeding generations are not represented in present politics. It is not the principle of democracy itself that must be changed. We want to make reforms within democracy in order to face the new challenges.

The generation wielding power today has a responsibility towards the young generation just as we, the youth, will have responsibility towards our descendents.

As young people from various European countries, we propose:

1. that the idea of Protecting the Rights of Future Generations is to be included into constitutions of all countries, with a view to the creation of "hard law" rather than "soft law". Intergenerational justice should be operationalised through quantitative parameters. The implementation of intergenerational justice should be monitored in the different states through an independent mechanism, body or institution in accordance with national traditions.

2. that the above concept should also be embodied within the Constitution of the European Union.¹ The language employed in the draft proposal for the Constitution does not cover the essence of the concept of intergenerational justice (the passing on of equal or higher ecological, financial, human, social and cultural capital/head) and, therefore, the rights of future generations need to be secured.

3. On the European level, a Commission for Future Generations should be created as a body within the European Parliament itself. This Commission should have the power to freeze the law-making process with regard to proposals which will have detrimental effects on Future Generations. The Parliament can overrule the decisions of the Commission by a two-third majority. Furthermore, an Ombudsperson with a counselling function will be appointed by the heads of states and governments. This should be an outstanding member of the community with a impeccable reputation.

4. The idea of protecting the rights of future generations shall be implemented into the legal orders of both developed and developing countries. With regard to intragenerational justice, the international community should take decisive steps to eradicate poverty and close the gap in wealth between developed and developing countries.

Regarding time horizon, the above proposals should be brought into effect as soon as possible (short-term).

Statement of our commitments

Since intergenerational justice is in fact an ethical value, it is necessary that it must be shared by a great number of citizens. Therefore, activities to raise awareness for intergenerational justice should be supported and strengthened at both the domestic and European levels. The members of the first of the succeeding generations, young people and children, should be both encouraged and empowered to become actively engaged in political affairs on a local level.

We commit ourselves to

1. contacting members of the European Parliament with the view to raising the issue of the representation of future generations
2. contacting members of our national parliaments for the above purpose.
3. raising awareness in civil society and ask NGOs to subscribe to the idea and actively support it.

¹ Annex: Currently the draft proposal for the constitution of the European Union mentions "future generations" in the preamble: "Enjoyment of these rights [i.e. freedom, security and justice] entails responsibilities and duties with regard to other persons, the human community and to future generations." Furthermore, Article 3 reads: "The Union shall work for the sustainable development of Europe based on balanced economic growth, a social market economy, highly competitive and aiming at full employment and social progress, and with a high level of protection and improvement of the quality of the environment. (...)" and speaks also of a "solidarity between generations".

Liebe Leser, Ihre Meinung interessiert uns!

Mit Ihren Impulsen wollen wir die „Generationengerechtigkeit!“ weiter verbessern. Bitte schreiben Sie uns an:

GG! - Redaktion
Postfach 5115
D-61422 Oberursel
Tel. +49-6171-982367
Fax +49-6171-952566
E-mail: info@srzg.de

Bitte nennen Sie uns auch Leser aus Ihrem Bekanntenkreis, denen wir eine Ausgabe kostenlos zur Probe zusenden können. Wenn Sie selbst inzwischen eine Ausgabe kostenlos erhalten haben, so bitten wir um Verständnis dafür, dass wir Ihnen keine weiteren Probe-Ausgaben mehr zusenden. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie nun unsere Zeitschrift für 25 Euro im Jahr abonnieren (siehe letzte Seite).

Neue Mitarbeiter

Florian Boettcher

25 Jahre. Studium der Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Kulturwissenschaften in Münster.



Nachdem ich mich fast mein gesamtes Studium hindurch - anfangs ohne es zu bemerken - mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt habe, sei es im Bereich Umweltökonomie, Umwelt- oder Entwicklungspolitik, bei meinen Praktika im Landtag NRW (Fraktion B'90/Die Grünen) oder beim Institut für ökologische Wirtschaftsforschung in Berlin, habe ich mich entschieden auch meine Magisterarbeit der Frage der Generationengerechtigkeit zu widmen.

Um nicht im stillen Kämmerlein zu vereinsamen und bereits jetzt praktische Erfahrungen zu meinem Thema "politische Ökonomie der Staatsverschuldung" zu sammeln, absolviere ich ein Praktikum bei der SRzG.

Denn wie motiviert man sich am besten für eine recht theorielastige Thematik? Am besten beschäftigt man sich auch praktisch mit ihr. Und eben diese Möglichkeit bietet mir die SRzG.

Lucia Hartmann

Ich bin Lucia Hartmann, 23 Jahre alt und studiere im fünften Semester Politikwissenschaften an der TU Darmstadt.



Ich habe mich bei der SRzG beworben, weil ich erstens einen Eindruck in die Arbeit einer NGO oder sogenannten "Think Tanks" gewinnen wollte, und natürlich auch, weil das Thema "Generationengerechtigkeit" vor allen Dingen uns angeht und in der öffentlichen Dis-

skussion nach wie vor vernachlässigt wird. Besonders interessiere ich mich für Lösungsansätze anderer Länder speziell im ökologischen Bereich, da es meiner Meinung nach das vorrangigste Problem ist und uns über Ländergrenzen hinaus alle betrifft.

Bei der SRzG beschäftige ich mich momentan mit dem Voranbringen der Kampagne zur institutionellen Verankerung von Generationengerechtigkeit.

Romy Klinkel

Ich bin 20 Jahre alt und komme aus Gießen. 2002 habe ich mein Abitur gemacht und danach 3 Monate in einem Hotel in Island gearbeitet. Seit 2 Semestern studiere ich nun an der Universität Tübingen Politik, Öffentliches Recht und Skandinavistik, mit den Sprachen Schwedisch und Isländisch. Nach dem Grundstudium hoffe ich an einem einjährigen Austausch mit der schwedischen Universität Uppsala teilnehmen zu können.



Persönlich engagiere ich mich seit 6 Jahren in der "Tibet Initiative" für die Einhaltung der Menschenrechte. Seit einiger Zeit bin ich in der Regionalgruppe Tübingen/Reutlingen von "Amnesty International" aktiv und möchte in Zukunft in der AsylantInnenbetreuung mitarbeiten. Aus diesem Grund werde ich in den kommenden Semesterferien Praktika bei "Amnesty International" in Berlin und bei der "Gesellschaft für bedrohte Völker" in Göttingen machen.

Auf meine Zeit als Praktikantin bei der SRzG freue ich mich und hoffe viele neue Eindrücke zu gewinnen. Ich plane über das Thema Generationengerechtigkeit meine Zwischenprüfungshausarbeit

zu schreiben und hoffe, durch meine Mitarbeit bei der SRzG die Möglichkeit zu haben, mich sehr intensiv mit diesem für uns alle wichtigen Themengebiet auseinander zu setzen.

Tomohiko Takizawa

Ich bin 24 Jahre alt und komme aus Japan. Nachdem ich in Japan ein Jahr Germanistik studiert hatte, bin ich nach Deutschland gekommen. Seit 5 Jahren lebe ich in Leipzig und studiere Philosophie und Sinologie auf BA. Die Stadt Leipzig gefällt mir sehr gut. Mein Interesse an dem Thema der Generationengerechtigkeit habe ich in meinem Studium der Philosophie entwickelt.



Zuerst beschäftigte ich mich ausschließlich mit der intragenerationellen Gerechtigkeit. Dabei hat mich das Buch von John Rawls "Eine Theorie der Gerechtigkeit" fasziniert. Das Verhältnis zwischen Gerechtigkeit und Gleichheit finde ich wirklich sehr spannend. Da, wie Rawls selber schreibt, die intergenerationale Gerechtigkeit für jede Gerechtigkeitstheorie eine große Herausforderung darstellt, ist die Auseinandersetzung mit der Generationengerechtigkeit unausweichlich. Bei der Stiftung SRzG möchte ich meine Kenntnisse über Generationengerechtigkeit nicht nur im Bereich der Ethik, sondern auch in den verschiedenen Bereichen wie Ökologie oder Betriebswirtschaft erweitern und gleichzeitig Berufserfahrung sammeln.

Bei gleicher Umgebung lebt doch ein jeder in einer anderen Welt.

Arthur Schopenhauer

Die Bewegung für Generationengerechtigkeit soll weiter wachsen: Gründung von YOIS Hessen

YOIS-Europe (Youth for Intergenerational Justice and Sustainability) ist eine Jugendorganisation, die 2000 von den jungen Praktikanten und Mitgliedern der SRzG gegründet wurde. Die Idee dazu wurde auf dem European Youth Congress 2000 "Our Common Future", der parallel zur Expo in Hannover stattfand, entwickelt.

YOIS versteht sich als überparteiliche Lobby für die Rechte und Interessen der heutigen Jugend und zukünftiger Generationen. Mit ihren Projekten will YOIS junge Menschen bis 32 Jahre erreichen. Zum einen ist diese Generation von den Aktionen oder Versäumnissen der heutigen Entscheidungsträger am meisten betroffen, zum anderen hat sie in ihrer zukünftigen Position als Entscheidungsträger die Sache selbst in der Hand.

YOIS Deutschland wurde am 14.01.2001 in Köln als nationale Sektion des europäischen Gesamtvereins YOIS-Europe gegründet. Um die Ziele von YOIS auf lokaler Ebene verfolgen zu können, sind Unterorganisationen in einzelnen Bundesländern in Planung.

YOIS sucht daher Leute, die bereit sind, an der Gründung von YOIS Hessen und YOIS Baden-Württemberg mitzuwirken. Voraussetzung dafür ist, dass Ihr Euch für die Themen und Ziele von YOIS interessiert und engagieren wollt und dass ihr einen Wohnsitz in Hessen bzw. Baden-Württemberg habt.

Da die SRzG vor kurzem in ein neues, größeres Haus umgezogen ist, bietet sich eine -zumindest vorläufige- Unterbringung von YOIS Hessen in dem Haus an.

Für weitere Informationen wendet Euch einfach an lauramemmert@web.de (Hessen) bzw. tobias_kemnitzer@yahoo.de und schaut mal rein unter www.yois-europe.org und www.yois.de

Zivildienstleistende gesucht

Seit kurzem können Zivildienstleistende statt des Zivildienstes bei gleicher Bezahlung ein Freiwilliges Soziales Jahr bei der SRzG absolvieren. Bis auf die Bezahlung, die ja staatlicherseits festgelegt ist, gelten für sie die gleichen Bedingungen wie für andere Freiwillige (siehe "Freiwillige vor!")

Freiwillige vor!

Die SRzG sucht zwei junge, engagierte Menschen, der zwischen einem Jahr und sechs Monaten eine anspruchsvolle, abwechslungsreiche Tätigkeit ausüben würden, gerne auch im Rahmen eines Freiwilligen Sozialen Jahres. Der Freiwillige erhält kostenlos eine Wohngelegenheit und ein nicht unbeträchtliches monatliches "Taschengeld" (je länger der Freiwilligendienst, desto höher). Außerdem erfolgt die Versicherung in der Renten- und Krankenversicherung. Für Bildungsmaßnahmen gibt es ebenfalls noch einen Zuschuss.

Ort des Freiwilligendienstes ist das prämierte "International Volunteers Office", ein Häuschen an der grünen Lunge von Oberursel, in dem junge Menschen aus der ganzen Welt Projekte für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit organisieren und dabei interkulturelle Kompetenz erwerben.

Zu den Aufgaben der Freiwilligen gehört z.B. die organisatorische und inhaltliche Gestaltung der Zeitschrift Generationengerechtigkeit! Dies beinhaltet u.a. die thematische Konzeption jedes Heftes, Auswahl und Anschreiben der Beiträger, das Lay-Out und die Leserverwaltung. Anforderungen an den/die Freiwillige/n sind: Engagement, Flexibilität, kei-

ne Angst vor dem Kontakt mit hochrangigen Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft, Interesse an den Themen Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Praktikantenstellen

Praktikumsstelle zu vergeben

Die SRzG bietet zwei bis zwölfmonatige Praktika an (ab sofort).

Aufgabenfeld: Vorbereitung von Tagungen und Seminaren, Betreuung der Fördermitglieder (Mitgliederverwaltung, Information, etc.), Erstellung von Dokumentationen, Abrechnung mit Förderinstitutionen, Sponsoring

Qualifikation: Organisationstalent, eigenständiges Arbeiten, gute Computerkenntnisse, Kontaktfreudigkeit

Leistungen: kreatives und selbständiges Arbeiten, verschiedenste Kontaktmöglichkeiten im Bereich der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit, Unterkunft im IVO, kleine Aufwandsentschädigung möglich

Kontakt:

Für alle Stellenbewerbungen bitte eine ausführliche Bewerbung (Anschreiben, Lebenslauf, Foto, ggf. Zeugnisse) per Post senden an:
 Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)
 z. Hd. Frau Katja Heller / Herrn Tobias Kemnitzer
 Postfach 5115
 D-61422 Oberursel
 Tel. +49-6171-982367
 Fax +49-6171-952566
 info@srzg.de
 (Online-Bewerbungen sind willkommen, wenn sie die genannten Unterlagen in eingescannter Form enthalten)

SRzG-Film für RHEINGAUER IMPULSE

Die Rheingauer Impulse sind eine vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch ins Leben gerufene, hochkarätige Veranstaltung, bei der sich 60 Entscheidungsträger aus der Wirtschaft (Vorstandsvorsitzende), der Wissenschaft und den Medien einen Tag lang Zeit nehmen, um Zukunftsfragen zu besprechen. Diesmal lautet das Thema: *Hilfe wir schrumpfen - die Gesellschaft im demographischen Wandel*. Stets kann sich auch eine hessische Organisation dabei vorstellen - diesmal die SRzG. Für diesen Anlass produzierte die SRzG einen 15minütigen Film über ihre Arbeit und ihre Projekte,

der auf der Veranstaltung gezeigt werden wird. Dieser Film beginnt mit einer allgemeinen Einführung in die Thematik der Generationengerechtigkeit. Es folgt eine Übersicht der Projekte der letzten Jahre und Ausschnitte aus der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die SRzG am 6. Mai 2000.

Dieser Film kann bei der SRzG als DVD, Video-CD oder VHS für 3 € + Porto erworben werden.

Die SRzG dankt Stephan Drescher und Romy Klinkel für ihre kostengünstige Arbeit und der Hessischen Staatskanzlei für die finanzielle Unterstützung.

ökom Verlag - Wir publizieren Zukunft



Handbuch Generationengerechtigkeit

Strahlender Atommüll, steigende Meeresspiegel, ausufernde Staatsverschuldung: Wir leben auf Kosten unserer Kinder. Zeit für eine Ethik, die die Rechte künftiger Generationen berücksichtigt. Unser neues Denken müsse auch über das hinausgehen, was heute als ökologische Krise umschrieben wird, fordert die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. Und entwirft gemeinsam mit Soziologen, Juristen, Philosophen und Ökonomen konkrete Konzepte für unterschiedliche Gesellschafts- und Politikbereiche. So entsteht aus dem Nachsinnen über ethische Grundsätze ein politisches Programm für eine generationengerechte Welt.

Herausgeber: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
 ökom Verlag, München 2003
 520 Seiten, ISBN 3-936581-09-6
 25,00 Euro (zzgl. Versandkosten)

www.oekom.de

Erhältlich bei pan adress
 Semmelweisstraße 8, D-82152 Planegg
 Fon ++49/(0)89/8 57 09-155
 Fax ++49/(0)89/8 57 09-131
 E-Mail kontakt@oekom.de

Berichte

ASEM Youth Dialogue	24
Vorstellung: ASEF - ASIA EUROPE FOUNDATION	26
Diskutieren und Radeln: Die Rally of Youth 2003	26
European Youth Congress in Brüssel	27
14. Wirtschaftssymposium, Ethiconomics Corporate responsibility, Schloss Reichartshausen	27

ASEM Youth Dialogue, 2.-5.9.2003, Cebu, Philippinen von Jörg Tremmel (SRzG) & Karsten Wenzlaff (International Youth Parliament)

Terrorismus, internationale Kriminalität, ethnische und religiöse Konflikte und Migration sind Schwerpunkte der weltweiten Debatte um globale Sicherheit. Beim Asiatisch-Europäischen Jugendgipfel vom 2. - 5. September 2003 in Cebu, Philippinen, wurden die jungen Teilnehmer von den Veranstaltern mit den Worten begrüßt: "Wir setzen explizit auf die Unvoreingenommenheit und Kreativität von jungen Menschen, um Lösungen für diese Probleme zu finden." Für asiatische Verhältnisse, in dem man älteren Menschen weit stärker als im Westen Ehrfurcht und Respekt entgegenbringt, eine bemerkenswerte Aussage.

Die 52 Teilnehmer aus 21 Ländern kamen von Nationalen Jugendforen, Jugendorganisationen, NGOs/Stiftungen und Jugendministerien. Von allen deutschen Bewerbern wurden drei Deutsche ausgewählt (die beiden Unterzeichner und Laura Memmert von der SRzG, auch wegen ihrer Erfahrung als Ärztin mit Anti-Aggressionstraining bei Jugendlichen). Die Konferenz war schon die zweite Auflage des Youth Dialogues der Asiatisch-Europäischen Stiftung (ASEF), welche versucht, das kulturelle und politische Verständnis zwischen beiden Regionen zu unterstützen - angesichts der Tatsache, dass die wirtschaftliche Verflechtung schon sehr weit fortgeschritten ist, aber



Die Leiter der vier Arbeitsgruppen, darunter auch Jörg Tremmel (SRzG), mit Chairperson Zainal

wir hier in Europa meist nur sehr wenig über die Verhältnisse in Südostasien wissen, eine sehr wichtige Aufgabe.

Die Konferenz im feinen Marriott-Hotel begann mit einem kleinen Spiel, um das Eis zu brechen. Unter jedem Sitz war ein Zettel mit einem Adjektiv (z.B. heiß-kalt, friedlich-kriegerisch) versteckt. Wer am schnellsten sein Pendant (vom anderen Kontinent) fand, der gewann einen Preis. Organisatorisch war die Konferenz stets auf hohem Niveau. Rapportureure aus unterschiedlichen Kontinenten sorgten für Zusammenfassungen, souveräne Moderatoren schafften es, die knapp bemessene Redezeit auch durchzusetzen, ohne dabei ihr Lächeln zu verlieren. Die Namen der Teilnehmer aus dem jeweils anderen Kontinent waren zwar anfangs ungewohnt, aber das gab sich schnell.

Für die meisten von uns waren die Philippinen vorher unbekanntes Territorium. 1521 von Ferdinand Magellan "entdeckt", dann erst 333 Jahre eine spanische, später 40 Jahre eine amerikanische Kolonie. Von den ersteren haben die Philippinos die katholische Religion, einige Tänze (spanische Kostüme, obwohl völlig unpassend für die Tropen) und Moden übernommen, von den letzteren die Leidenschaft für Basketball und Schusswaffen. Paradoxerweise erzeugt Kolonialisierung auch eine besondere Verbundenheit. "It is in us - what can we do?", sagte eine junge philippinische Teilnehmerin auf Englisch - eine Sprache, die der durchschnittliche Philippino besser spricht als der durchschnittliche Deutsche. Das liegt daran, dass der meiste Unterricht in den Schulen auf Englisch stattfindet, nicht in der Landessprache Tagalog. Anders als in Europa ist der Katholizismus auf den Philippinen noch sehr lebendig. So stoppen etwa zu *Angeles*, dem 18-Uhr-Gebet, in der Mall alle Aktivitäten für einige Minuten. Auch findet man kaum einen Jeepney (Sammeltaxi bzw. Kleinbus) ohne "In God we trust!" oder "Pro Jesus". Der Kolonialismus wird heute von den Philippinos als Teil des nationalen Erbes betrachtet, ohne dass deshalb alles gutgehen wird. Schon der Name - das Land ist nach dem spanischen König Philipp II benannt, hält die Erinnerung daran ja ständig präsent. Eine Namensänderung ist dennoch im Moment für das Land kein Thema.

Die internationale Sicherheit war nicht nur Thema eines Workshops, auch die Sicherheit der Teilnehmer wurde großgeschrieben - in einem Maß, dass wir aus Deutschland nicht gewohnt sind. So schreibt sich ein Marriott-Mitarbeiter stets



Kulturelle Vorführung des Bambus-Tanzes, bei dem man sich leicht die Füße anschlagen kann

das Nummernschild auf, wenn ein Gast mit dem Taxi wegfährt. Nach diversen Anschlägen durch die muslimische Opposition aus der südlichen Insel Mindanao ist inzwischen auch vor jedem Lädchen in der Stadt ein Wachmann postiert. Auf diese Weise wird auch das große Heer der Arbeitslosen reduziert, die das schnelle Bevölkerungswachstum produziert hat. Die Philippinen (ca. 80 Mio. Einwohner) wachsen mit 2,5%, kaum ein Land auf der Welt hat eine höhere Geburtenrate.

Natürlich kamen auch zwischenmenschliche Beziehungen nicht zu kurz.

Besonders die letzte Nacht, feierten viele Teilnehmer und Organisatoren durch, danach wurde noch im Pool Wasserball gespielt.



Bitte lächeln: Gruppenbild der Teilnehmer

Das entscheidende war aber sicherlich der Austausch von Erfahrungen und Meinungen zu den vier Security-Challenges: globaler Terrorismus, internationale Kriminalität, ethnische und religiöse Spannungen und Migration. Beispielsweise wird Migration in Europa und Asien vollkommen verschieden gesehen. In der europäischen Debatte denkt man oft, dass Migration in erster Linie Probleme verursacht, da Sozialsysteme und Integrationsbemühungen strapaziert werden. Für Asiaten ist permanente oder temporäre Auswanderung in ein anderes Land, sei es nur zu Ausbildungs- oder Berufszwecken etwas vollkommen Normales. Die Teilnehmer des Jugendgipfels einigten sich darauf, Migration als ein positives Phänomen zu sehen.

Auch in vielen anderen Bereichen konnten kreative Lösungen gefunden werden. Das vollständige Statement mit den Meinungen der Jugendlichen kann auf www.asef.org runtergeladen werden.

(Auszüge aus Abschlussdokument auf Seite 25...)

(ASEM... Fortsetzung von Seite 24)

Auszüge aus dem Abschlussdokument:

ASEM YOUTH STATEMENT ON THE NEW SECURITY CHALLENGES

ROOT CAUSES OF CONFLICT AND THE ROLE OF YOUTH

[...]

We the young people of Asia and Europe are highly affected by the new security challenges and therefore, need to speak up to take actions accordingly on how to make the world a more secure place. [...] [...] a number of initiatives have already been taken at the inter-governmental level [...] to foster co-operation in these areas between the two regions. [...] ASEM should strive to set the pace for closer co-operation on the new security issues for the wider international community. [...] Specifically, this statement sets out our views and recommendations on the following issues: global terrorism, trans-national crimes, inter-ethnic/inter-religious tension and migration. [...]

[...] *issue of terrorism* [...]

First, we denounce terrorism in all its forms, specifically acts of violence targeting civilians, by state or non-state actors. Terrorism threatens our fundamental right to life in dignity.

Second, we reject categorically the characterisation of terrorism as a conflict between "the West" and "Islam". We denounce attempts by individuals to use religion to justify violence or encourage extremism.

Third, we believe that UN system should be strengthened to enable the UN to effectively address situations that could give rise to terrorist groups, including long-standing conflicts like the Middle-East situation. We call on all countries to respect international law and the authority of the UN and its agencies, including the international Criminal Court. We also call upon states which advocate for human rights and democracy to stop the practice of double standards.

Fourth, we are of the view that the following initiatives should be taken under the ASEM framework to enhance its capacity to help reduce the threat of terrorism: [...]

- Develop exit and rehabilitation programmes to encourage those involved in terrorist groups to leave the groups, using a co-ordinated, multi-dimensional approach involving states, NGOs and civil society. [...]

Fifth, we believe that youth can play a major role in countering the campaign of hatred and division and raise awareness of

the evils of terrorism.[...]

On *trans-national crimes*, we focussed on drug trafficking, human trafficking and arms smuggling, with which we feel that youth in Asia and Europe should be most concerned about as they pose a threat to human security. [...]

First, regular and intensive intelligence exchange and information-sharing on international criminal organisations and activities should be conducted.

Second, Asian and Europe governments should adopt concrete co-operation programmes for poverty alleviation, human resource development and narrowing development gaps, which are among the factors driving people to turn to criminal activities.

[...]

Fourth, regional and bi-regional agreements to combat trans-national crimes, without infringing national sovereignty and with full respect for international human rights conventions and norms, should be designed and implemented.

Fifth, procedures to complement existing arrangements in the member countries to avoid duplication or overlapping of responsibilities should be developed.

[...]

Seventh, a network of the relevant governmental and non-governmental organisations should be created to aid in the monitoring, detection, reporting, investigation and prosecution of traffickers.

[...]

With respect to challenges arising from *multicultural and multi-religious societies*, our views and recommendations are as follows:

First, we recognise that we live in a world of diversity and believe that this should not be a source of conflict, but rather an asset to our common human heritage.

[...]

Third, we would like to call upon ASEM governments:

- To ensure that all citizens be accorded full and equal rights, regardless of ethnic and religious backgrounds; [...]

[...]

- To initiate comprehensive ASEM research programmes that explore how regional integration strategies can secure the balance between safeguarding the rights of ethnic and religious minorities and maintaining unity in diversity.

Fourth, we call upon youth in Asia and Europe:

- To launch more initiatives that promote intercultural understanding, [...]

- To ensure participation of ethnic and religious "minority" youth in national and

regional for a and other gatherings of youth.

Finally, on the issue of *migration* our views and recommendations are as follows:

First, we subscribe to the vision of a world without borders and the view that migration need not be a negative phenomenon or a security threat.

Second, we need to safeguard human and in particular, civil rights of migrants and promote their integration, and not forced assimilation. [...]

Third, [...] we believe that efforts should be made to reduce the root causes of migration, improve the migration procedures and improve the conditions of migrants.

Fourth, to reduce root causes of migration, social and economic disparities both within the borders and among different countries should be minimised. [...]

Fifth, [...] the presently lengthy naturalisation process existing in some countries should be shortened, while citizenship should be granted to 2nd generation migrants.

Sixth, to improve the conditions of migrants and prevent segregation, there is a need for a common understanding and co-operation among governmental and non-governmental organisations (youth organisations) to help migrants integrate. The following measures could be prioritised:

- Provide language training;

[...]

- Encourage activities that would allow migrants to preserve their own culture;

[...]

- Address the issue of illegal migrants and respect their human rights;

In conclusion, we are aware of the complexity of the new security challenges confronting countries in Asia and Europe. Our discussions in Cebu have revealed differences in national and regional perspectives on the different issues, due to different national experiences and priorities. Nevertheless, we believe strongly in the fact that there are sufficient common grounds between Asia and Europe on these issues that could form the basis of mutually beneficial common strategy.

[...]

In formulating our recommendations, [...] we have taken cognisance of the fact that addressing the challenges of terrorism and other new security challenges involves the participation of all sectors.

[...]



Der ASEM Jugenddialog ist ein wichtiger Baustein im Rahmen des "people-to-people" Austausches von ASEF. Das Programm hat das Ziel, junge Erwachsene aus den Staaten Europas und Asiens, die sich im Rahmen des Asiatisch-Europäischen Gipfels (Asia-Europe Meeting; ASEM) regelmäßig treffen, zusammen zu bringen. Der nachrückenden Generation wird dadurch ermöglicht, Fragen, die die internationale Gemeinschaft bewegen, im gegenseitigen Verständnis für die unterschiedlichen Kulturen zu diskutieren und Lösungen dafür zu erarbeiten.

Contact to ASEF:
31, Heng Mui Keng Terrace
Singapore 119595
Tel : (65) 6874 9700
Fax : (65) 6872 1207

Intellectual Exchange: Bertrand Fort
bertrand.fort@asef.org

People-to-People Exchange:
Zainal Arif Mantaha
mantaha@asef.org

Cultural Exchange:
Chulamane Chartuwan
chulamane@asef.org

Public Affairs: Albrecht Rothacher
arothacher@asef.org

Administration: Terence Tan
terencetan@asef.org

*ASEF People-to-People Exchange,
Director: Zainal Arif Mantaha,
Singapore*



Zainal Arif Mantaha read Law at the National University of Singapore. Upon graduation in 1989, he practised law in a major law firm in Singapore until 1991. He joined the Ministry of Foreign Affairs of Singapore in 1991 and has served, in various capacities, at the Ministry and at overseas Missions. He last served at the Ministry as Acting Deputy Director in the Policy, Planning and Analysis Directorate I (Southeast Asia) and had just returned from his posting as Political Counsellor at the Singapore Permanent Mission to the United Nations in New York. Mantaha joined the Asia-Europe Foundation on 17 September 2001 as Director of People-to-People Exchange. Having served at different political desks at the Ministry of Foreign Affairs of Singapore as well as its Missions in Europe and at the United Nations in New York, he brings to his current portfolio a wealth of experience in promoting relations and contacts at the bilateral and multilateral levels. Mantaha is married to Jennifer Cheng Su-Fen, an advocate and solicitor in Singapore. Besides English, he speaks Malay and German.

Diskutieren und Radeln: Die Rally of Youth 2003

von Tobias Kemnitzer

In der Internet-Ausschreibung von YOIS EUROPE klang eigentlich alles ganz "easy": Jeweils fünf Jugendliche aus fünf europäischen Ländern (Deutschland, Frankreich, Belgien, Polen und Rumänien) treffen sich in Paris um knapp 14 Tage über mehrere Stationen eine Radtour nach Brüssel zu unternehmen und dabei politische Entscheidungsträger aufzusuchen, um mit ihnen über Europas Zukunft zu diskutieren ("Cycling for the Future of Europe"). Doch entwickelte die Tour ihren ganz eigenen "Drive". Positiv gesprochen: Alles wurde noch viel interessanter. Negativ betrachtet: Manchmal brach das große Chaos aus.

Dass Improvisationskunst gefragt war, wurde gleich am Beginn der Tour klar. Denn am ersten Abend war weder der Organisator, noch unser Bus mit den Rädern

in Paris angekommen. Und statt der erwartenden 25 Teilnehmer/innen, fanden sich letztlich nur etwa die Hälfte ein. Dabei waren Jugendliche aus Rumänien, Deutschland, Italien und aus Polen.

Am nächsten Tag legte sich die Anfangsaufregung und in einem kleinen Dorf in der Nähe von Paris entstanden beim gemeinsamen Kochen erste Diskussionen: die EU-Osterweiterung, junge Demokratien in Ostmitteleuropa und die Rolle der Jugend in den einzelnen Ländern. Die Diskussionsergebnisse konnten dann den politischen Entscheidungsträgern, wie den Bürgermeister von Reims oder dem saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller beim Shakehands präsentiert werden. Weniger Geschlossenheit bewies die Gruppe beim Radfahren. Hier zeigten sich dann erste Mentalitätsunterschiede. Während die Deutschen "natürlich" zielstrebig in die Pedale traten, wurde von der südosteuropäischen Seite eher laissez-faire praktiziert; mit Fahren auf der linken Seite, vielen Pausen und ersten Erschöpfungszuständen nach ein paar Kilome-



"Cycling for the Future of Europe"

tern. Ziemlich schnell kristallisierten sich auch unterschiedliche Reiseerwartungen heraus. So wünschten sich manche eher einen All-inclusive-Urlaub, andere wollten mehr individuelle Freiheiten. Da war dann interkulturelle Kompetenz gefragt: So folgten oft in raschem Wechsel Diskussionen, Wutausbrüche und Versöhnungsfeiern in fröhlichen englisch-deutsch-rumänisch-polnischen Sound. Mit stoischer Ruhe kommentierte unser Busfahrer Michel, die unterschiedliche Gruppendynamik, die Fußverletzung des Organizers, Terminverschiebungen und Terminabsagen, das Fehlen von Teilnehmern beim Treffpunkt und lange Wartezeiten: "C'est la vie". Genau die richtige Einstellung für die "Rally of Youth 2003".

European Youth Conference

vom 16.-21.9.2003 in Brüssel, Belgien

von Florian Böttcher, YOIS

Das Bild von der "Generation Golf" oder der "Null-Bock Generation" gerät schon heftig ins Wanken, wenn man an der vierten europäischen Jugendkonferenz teilgenommen hat.

Allein der große Zuspruch im Vorfeld spricht für sich: Rund 300 Jugendliche aus der ganzen Welt hatten sich bei YOIS Europe für die Teilnahme an der Konferenz beworben, obwohl die Teilnehmerzahl aus organisatorischen Gründen auf weniger als 100 Personen begrenzt war.

Vom 16. bis zum 21. September kamen schließlich 74 junge Leute aus 22 - vorwiegend europäischen - Ländern in der beschaulichen Stadt Mons bei Brüssel zusammen, um über die Themen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit zu diskutieren.

Dabei scheuten viele Teilnehmer weder Kosten noch Mühen, um nach Belgien zu gelangen - einige waren mehr als 30 Stunden unterwegs. Doch die Anstrengungen sollten sich letztlich lohnen: Zum einen wurden in zehn Arbeitskreisen - unter anderem zu den Themen Energie, Bildung, Finanzpolitik und Institutionelle Verankerung der Rechte zukünftiger Generationen - Informationen und unterschiedliche Ansichten ausgetauscht sowie konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet und am letzten Tag der Konferenz in einer Resolution zusammengefasst. Zum anderen kam auch der Freizeitaspekt nicht zu kurz. Vor allem zwei irische Konferenzteilnehmer nahmen Nacht für Nacht das Heft der Abendgestaltung in die Hand, was bedeutete, dass die Abende regelmäßig am frühen Morgen und im Irish Pub von Mons zu Ende gingen.

Insgesamt funktionierte das, was man allgemein als "interkulturelle Kommunikation" bezeichnet, in Belgien erstaunlich gut. Auf jeden Fall ist es nicht selbstver-



Teilnehmer des EYC vor dem Tagungshotel

stänlich, dass sich in einer so großen und heterogenen Gruppe wie bei der EYC eine wirkliche Gruppendynamik entwickelt, die hier sowohl in den Arbeitskreisen, als auch in den Kneipen zu spüren war.

Auch die gute Organisation der Konferenz soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben. Sowohl mit dem Städtchen Mons als Tagungsort und mit unserer Unterbringung in der dortigen Jugendherberge, als auch mit dem Wetter haben die Veranstalter von YOIS Europe einen Volltreffer gelandet.

Alles in allem war die Europäische Jugendkonferenz 2003 eine ebenso unterhaltsame wie interessante Veranstaltung, die mich zu dem Fazit gebracht hat: Ich komme wieder - zur EYC 2004!

14. Wirtschaftssymposium

ETHICONOMICS CORPORATE RESPONSIBILITY

Schloss Reichartshausen, 26. und 27. September 2003

Oliver C. Lange, SRzG-Vorstandsmitglied

European Business School Oestrich-Winkel (27.09.2003): Corporate Governance, Sustainable Development und Social Responsibility entwickeln sich in letzter Zeit verstärkt zu zentralen Säulen der Unternehmensethik und sind in zunehmendem Maße Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Dies veranlasste die Studenteninitiative PRO e.V. der European Business School in Oestrich-Winkel "Ethiconomics Corporate Responsibility" als Thema für das 14. Wirtschaftssymposium auszuschreiben. Insgesamt über 500 Teilnehmer folgten vom 26. bis 27. September 2003 der Einladung ins altherwürdige Schloss Reichartshausen, um mit hochkarätigen Referenten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft die zentrale Frage zu diskutieren, wie kapitalistisches Wirtschaften und ethisch-moralisches Handeln im Unternehmenskontext in Einklang zu bringen ist. Schwerpunkt war dabei auch gerade die Erörterung von Aufgaben und Problemen, denen sich Unternehmen in ihrer Verantwortung gegenüber Umwelt und Gemeinschaft zu stellen haben.

Schirmherr Dr. Wolfgang Reitzle, Chair-

man des Executive Boards der Linde AG, eröffnete das zweitägige Wirtschaftssymposium mit seiner persönlichen Synthese, dass Ökonomie und Ethik nicht konfliktuell zueinander in Beziehung stehen, sondern von einem interdependenten Wirkungszusammenhang sind. Seiner Ansicht nach wird kein Unternehmen langfristig erfolgreich sein, wenn es in seinem wirtschaftlichen Handeln die Nutzenstiftung für die Stakeholder vernachlässigt. Zentrale Ansatzpunkte sieht Dr. Reitzle insbesondere in Fragen der Gentechnologie, des Klima- und Umweltschutzes, der Digitalisierung von Informations- und Kommunikationsströmen und der zukünftigen Energiequellen.

Nach dem dynamischen Einstieg diskutierten die Teilnehmer anschließend in sechs Vortragsreihen die unterschiedlichen Facetten von Ethiconomics. So stellte Prof. Dr. Peter Ulrich von der Universität St. Gallen seine Perspektive eines integrierten Business Ethics Ansatzes den Studenten vor und die Unternehmensberatungen Roland Berger, A.T. Kearney, Accenture, Deloitte sowie die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften KPMG und Ernst & Young beleuchteten ausführlich das Spannungsfeld von Stakeholder Interessen und den unternehmerischen Handlungszwängen sowie die potenziellen Ausgestaltungsmöglichkeiten von Corporate Governance.

Am Beispiel ausländischer Beschaffung, der Respektierung ausländischer Kulturen im Dienstleistungsdialog und der

Orientierung an Stakeholderinteressen im Bereich Finanzdienstleistungen, Chemie und Telekommunikation stellte die Unternehmerseite (vertreten durch Allianz AG, Karstadt Quelle AG, Arabella Hotel Holding AG, die Deutsche Telekom Gruppe und die Bayer AG) aktives Corporate Citizenship unter Beweis. Mit Bruder Paulus Terwite vom Kapuzinerorden Liebfrauen und Pater Augustinus Heinrich Graf Henckel von Donnersmarck (CEO Unicorn Consultants) steuerten auch die kirchlichen Vertreter einen lebhaften Beitrag zur Diskussion bei. "Ethik ist nicht Verhaltensmaßregel, sondern nur Prinzip, nach denen der einzelne Mensch Entscheidungen treffen sollte" so der Standpunkt von Graf Henckel von Donnersmarck. Den Abschluss des Symposiums bildete dann traditionell die Podiumsdiskussion, in der Ethiconomics als Management-Herausforderung von verstärkter zukünftiger Relevanz eingestuft und an die Studenten als die kommende Generation von Entscheidungsträgern in der Wirtschaft appelliert wurde, sich verstärkt mit den Themengebieten des Wirtschaftssymposiums weiterführend inhaltlich auseinander zu setzen.

Vorschau GG11!

Im Rahmen dieser Doppelausgabe beschäftigt sich der zweite Teil mit Bevölkerungspolitik und Generationengerechtigkeit. Mit Beiträgen u.a. von: Prof. Dr. Franz-Xaver Kaufmann, Prof. Dr. Herwig Birg und Prof. Dr. Josef Schmid

Einfach ausfüllen und aufs FAX legen:
 Fax - Nr. 06171/ 952566, oder per Brief:

SRzG
 Postfach 5115
 61422 Oberursel

- Antrag auf Aufnahme als Fördermitglied bei der SRzG (je nach Alter 25 / 50 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Aufnahme als Fördermitglied im Förderkreis der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ 25,- oder 50,- € *
- Jahresabonnement für der Zeitschrift „Generationengerechtigkeit!“ (25 € p.a.)**
 Hiermit abonniere ich die Zeitschrift zum Jahresbezugspreis von 25,- €
- Antrag auf Fördermitgliedschaft bei der SRzG für Organisationen (75 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“
- Doppelmitgliedschaft bei SRzG und YOIS (je nach Alter 40, 50 oder 75 € p.a.)**
 Hiermit beantrage ich die Fördermitgliedschaft bei der „Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen“ und die Mitgliedschaft bei „Youth for Intergenerational Justice and Sustainability - Europe“.

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ/Ort _____
 Telefon _____ Fax _____
 e-mail _____ Geburtstag _____

Mitgliedschaft in sonstigen Organisationen, v.a. Parteien _____

Beruf (Angabe freiwillig) _____

Warum wollen Sie Mitglied des SRzG-FV oder von YOIS werden? _____

Wie haben Sie von der SRzG bzw. YOIS erfahren? _____

Förder-Mitglieder der SRzG erhalten die Zeitschrift automatisch, außerdem einen Rabatt auf alle SRzG-Publikationen (für das Handbuch 10 €) und auf alle Eintritte zu SRzG-Tagungen. Jedes Mitglied soll seinen Jahresbeitrag nach Leistungsfähigkeit selbst festsetzen. Ein Mindestbeitrag von 25 € für Unterdreißjährige und von 50 € für Ältere ist aber obligatorisch. Juristische Personen können ebenfalls Förder-Mitglied der SRzG werden, für sie gilt ein Mindestbeitrag von 75 € jährlich je Mitgliedschaft. Für die Jugendorganisation YOIS gilt ein Mindestbeitrag von 10 € für Unterzwanzigjährige, von 15 € für Unterdreißjährige und 25 € für Ältere. Bitte unten stehende Einzugsermächtigung ausfüllen.

Ich interessiere mich besonders für (Mehrfachnennungen möglich):

- | | | | | | |
|---------------------------------------|--------------------------|----------------------------------|--------------------------|-----------------------------------|--------------------------|
| Theorie der Generationengerechtigkeit | <input type="checkbox"/> | Bildung | <input type="checkbox"/> | Arbeitsgesellschaft | <input type="checkbox"/> |
| Ökologie | <input type="checkbox"/> | Kinderrechte | <input type="checkbox"/> | Methoden der Zukunftsforschung | <input type="checkbox"/> |
| Rentenversicherung | <input type="checkbox"/> | Bevölkerungsentwicklung | <input type="checkbox"/> | Stadt und Raumplanung | <input type="checkbox"/> |
| Staatsfinanzen | <input type="checkbox"/> | Globalisierung/Global Governance | <input type="checkbox"/> | Medizin/Gesundheit/Biotechnologie | <input type="checkbox"/> |

 Ort und Datum

 Unterschrift

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG), und/oder YOIS-Europe, meinen Förderbeitrag bzw. Mitgliedsbeitrag (Spende) in Höhe von _____ Euro (SRzG) bzw. _____ Euro (YOIS) jährlich zu Lasten meines/unseres Kontos mittels Lastschrift bis auf Widerruf einzuziehen. Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

 Konto-Nr.

 Ort und Name der Bank

 Bankleitzahl

 Ort und Datum

 Unterschrift

Weitere Informationen unter Tel.: 06171/982367, www.srzg.de, e-mail: info@srzg.de